

Duplicate
Cover Library

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 5

BERLIN, DEN 1. FEBRUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Lenin: Vorwort zu Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperia-
lismus“ / Die agrarisch-faschistische Faust gegen die USSR / Wurm: Die
Hintergründe der Intervention in Nikaragua / Codovilla: Der Yankee-Imperia-
lismus in Aktion / T. I.: Das neueste Machwerk Maslows / Chavaroche:
Die wirtschaftliche Lage in Frankreich

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 5 1. FEBRUAR

I N H A L T

	Seite
Lenin: Vorwort zu Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“	201
Die agrarisch-faschistische Faust gegen die USSR	205
Wurm: Die Hintergründe der Intervention in Nikaragua	213
Codovilla: Der Yankee-Imperialismus in Aktion	218
T. I.: Das neueste Machwerk Maslows	225
Chavaroche: Die wirtschaftliche Lage in Frankreich, ihre Besonderheiten und ihr sozialpolitisches Bild	233
Katayama: Die Gründung der Shakai-Minshu-To	241
Duret: Loriots Ende	245
B.: „Der Klassenkampf“	247

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteilokporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

W. I. LENIN :

**VORWORT ZU BUCHARINS BROSCHÜRE
„WELTWIRTSCHAFT UND IMPERIALISMUS“**

In seinem Vorwort zu der Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“ schreibt Genosse Bucharin:

„Seinerzeit, vor etwa zwei Jahren, wurde das Manuskript (der Broschüre) aus dem Auslande nach Rußland gesandt und geriet, nachdem es von der militärischen Vorzensur heimgesucht wurde, aus Versehen an einen anderen Verlag. Nach der Februar-März-Revolution hat sich das Manuskript „gefunden“. In den Julitagen sollte es das Licht der Welt erblicken, doch die Spitzel und Junker, die unsere Parteidruckerei demoliert hatten, trugen auch für mein Manuskript Sorge. Erst viel später gelang es, das Manuskript in verunstalteter Form herauszubekommen, aber dabei ist ein größeres und äußerst wertvolles Vorwort des Genossen Lenin, dem ich an dieser Stelle meinen tiefsten Dank ausspreche, verlorengegangen.“

Wladimir Iljitsch, der seinem Vorwort zur obengenannten Broschüre, geschrieben im Dezember 1915, offenbar großen Wert beimaß, machte davon für sich eigenhändig eine Abschrift, die in den Papieren Lenins aufbewahrt blieb und nunmehr hiermit zum erstenmal vom Institut publiziert wird.

Das Lenin-Institut.

Vorwort

Die Wichtigkeit und Aktualität des Themas, dem die Arbeit N. I. Bucharins gewidmet ist, bedarf keiner besonderen Erläuterungen. Die Frage des Imperialismus ist nicht nur eine der wesentlichsten, sondern, man darf wohl sagen, die wesentlichste Frage auf dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaft, die sich mit der Formveränderung des Kapitalismus in neuester Zeit befaßt. Die dazugehörigen Tatsachen kennenzulernen, die in so reicher Zahl vom Verfasser auf Grund der letzten Materialien zusammengetragen wurden, ist für jeden, der sich nicht nur für die Oekonomie, sondern für alle Gebiete des modernen öffentlichen Lebens interessiert, absolut notwendig. Es versteht sich von selbst, daß von einer konkret-historischen Beurteilung des jetzigen Krieges gar keine Rede sein kann, wenn dieser Beurteilung nicht volle Klarheit über das Wesen des Imperialismus, sowohl von seiner ökonomischen wie von der politischen Seite, zugrunde liegt. Auf andere Weise ist eine Einsicht in die wirtschaftliche und diplomatische Lage der letzten Jahrzehnte nicht zu gewinnen, und ohnedem ist es lächerlich, von der Herausarbeitung einer richtigen Auffassung über den Krieg auch nur zu reden. Der „wissenschaftliche“ Wert solcher Methoden, wobei unter der konkret-historischen Beurteilung des Krieges das Herausgreifen einzelner, den herrschenden Klassen eines Landes angenehmer oder passender Tatsächelchen aus den diplomatischen „Dokumenten“, aus den politischen Tagesereignissen usw. verstanden wird, kann vom Standpunkt des Marxismus, der in dieser Frage die Anforderungen der modernen Wissenschaft besonders prägnant zum Ausdruck bringt, nur ein Lächeln hervorrufen. G. Plechanow z. B. mußte dem Marxismus völlig Valet sagen, um die Analyse der Grundeigenschaften und Tendenzen des Imperialismus als eines

Systems ökonomischer Beziehungen des modernsten, hochentwickelten, reifen und überreifen Kapitalismus durch das Herausfischen von ein paar Tatsächelchen zu ersetzen, die den Purischkewitsch samt den Miljukow angenehm sind. Dabei wird der wissenschaftliche Begriff des Imperialismus herabgewürdigt zur Bedeutung irgendeines Schimpfwortes an die Adresse des unmittelbaren Konkurrenten, Rivalen und Gegners der beiden eben genannten Imperialisten, die auf dem völlig gleichen Klassenboden wie ihre Rivalen und Gegner stehen! In unserer Zeit der vergessenen Worte, der abhanden gekommenen Grundsätze, der über den Haufen geworfenen Weltanschauungen, der beiseite geschobenen Resolutionen und feierlichen Versprechungen braucht man sich darüber nicht zu wundern.

Die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeit N. I. Bucharins liegt besonders darin, daß er die Grundtatsachen der Weltwirtschaft, die den Imperialismus betreffen, als etwas Ganzes, als eine bestimmte Entwicklungsstufe des am höchsten entwickelten Kapitalismus betrachtet. Es gab eine Epoche des verhältnismäßig „friedlichen“ Kapitalismus, als dieser in den fortgeschrittenen Ländern Europas den Feudalismus völlig besiegt hatte und sich — relativ — ruhig und glatt entwickeln konnte, sich „friedlich“ ausbreitend über die noch gewaltigen Gebiete unbesetzten Landes, über die noch nicht endgültig in den kapitalistischen Strudel hineingerissenen Länder. Freilich, auch in dieser Epoche, die ungefähr von den Jahren 1871—1914 umrissen wird, erzeugte der „friedliche“ Kapitalismus Lebensbedingungen, die von einem wahren „Frieden“, sowohl im militärischen als auch im allgemeinen klassenmäßigen Sinne, sehr, sehr weit entfernt waren. Für neun Zehntel der Bevölkerung der fortgeschrittenen Länder, für die Hunderte von Millionen Einwohner der Kolonien und rückständigen Länder bedeutete diese Epoche nicht „Frieden“, sondern Knechtschaft, Pein, Schrecken, der wohl um so entsetzlicher war, als er ein „Schrecken ohne Ende“ zu sein schien. Diese Epoche ist unwiederbringlich dahin, an ihre Stelle ist eine verhältnismäßig heftigere, sprunghaftere, katastrophenhafte, an Konflikten reichere Epoche getreten, wo typisch wird für die Masse der Bevölkerung nicht so sehr der „Schrecken ohne Ende“ als vielmehr das „Ende mit Schrecken“.

Außerst wichtig ist dabei, im Auge zu behalten, daß dieser Wechsel durch nichts anderes erzeugt wurde als durch die unmittelbare Entwicklung, durch die Erweiterung, die Fortsetzung der tiefsten und fundamentalsten Tendenzen des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt. Die Zunahme des Austausches, das Anwachsen der Großindustrie — das sind die grundlegenden Tendenzen, die im Verlaufe von Jahrhunderten absolut in der ganzen Welt zu beobachten sind. Und auf einer gewissen Entwicklungsstufe des Austausches, auf einer gewissen Stufe des Anwachsens der Großindustrie, nämlich auf jener Stufe, die ungefähr an der Grenze zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert erreicht wurde, schuf der Austausch eine derartige Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und eine Internationalisierung des Kapitals, wurde die Großindustrie so groß, daß das Monopol die freie Konkurrenz abzulösen begann. Typisch sind schon nicht mehr die „frei“ miteinander innerhalb des Landes sowie in den Beziehungen zwischen den Ländern konkurrierenden Betriebe, sondern die monopolistischen Unternehmerverbände, die Trusts. Zum typischen „Ge-

bieter“ der Welt wurde bereits das Finanzkapital, das besonders beweglich und elastisch, besonders verflochten ist, innerhalb des Landes wie international, besonders unpersönlich und von der unmittelbaren Produktion getrennt ist, sich besonders leicht konzentrieren läßt und auch schon besonders weitgehend konzentriert ist, so daß ein paar hundert Milliarden und Millionäre buchstäblich das Schicksal der ganzen Welt in Händen halten.

Wollte man a b s t r a k t - theoretisch urteilen, so könnte man zu derselben Schlußfolgerung gelangen, zu der auch Kautsky — der, wenn auch in etwas anderer Weise, ebenfalls dem Marxismus Lebewohl sagte — gelangt ist, nämlich, daß auch die internationale Vereinigung dieser Kapitalsmagnaten zu einem einzigen Weltrust, der die Rivalität und den Kampf der staatlich getrennten Finanzkapitale durch ein international verbündetes Finanzkapital ersetzt, schon nicht mehr sehr fern liege. Eine derartige Schlußfolgerung ist jedoch ebenso abstrakt, vereinfacht, unrichtig, wie die analoge Schlußfolgerung unserer „Struvisten“ und „Oekonomisten“ der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als sie aus der Fortschrittlichkeit des Kapitalismus, aus seiner Unvermeidlichkeit, aus seinem endgültigen Siege in Rußland Schlußfolgerungen zogen, die bald apologetisch waren (Reverenz vor dem Kapitalismus, Versöhnung mit demselben, Verherrlichung statt Kampf), bald apolitisch (d. h. Verneinung der Politik oder Verneinung der Wichtigkeit der Politik, der Wahrscheinlichkeit allgemeinpolitischer Erschütterungen und dergleichen mehr: ein Fehler speziell der „Oekonomisten“), bald sogar direkt „streikistisch“ („Generalstreik“ als Apotheose der Streikbewegung, die soweit geht, daß die anderen Formen der Bewegung vergessen oder ignoriert werden, und die rein durch den Streik, nur durch den Streik, unvermittelt vom Kapitalismus zu seiner Ueberwindung „springt“). Es sind Anzeichen vorhanden, daß auch jetzt die unbestreitbare Tatsache der Fortschrittlichkeit des Kapitalismus im Vergleich zum halb spießerblichen „Paradies“ der freien Konkurrenz, der Unvermeidlichkeit des Imperialismus und seines endgültigen Sieges in den vorgeschrittenen Ländern der Welt über den „friedlichen“ Kapitalismus geeignet ist, zu eben solchen zahlreichen und mannigfaltigen politischen und apolitischen Fehlern und Wirrnissen zu führen.

Speziell bei Kautsky hat der offenkundige Bruch mit dem Marxismus nicht die Form der Verneinung oder Außerachtlassung der Politik angenommen, nicht die eines „Sprunges“ über die zahlreichen und mannigfaltigen, zumal in der imperialistischen Epoche, politischen Konflikte, Erschütterungen und Umgestaltungen hinweg, nicht die der Apologie des Imperialismus, sondern die des Träumens von einem „friedlichen“ Kapitalismus. Der „friedliche“ Kapitalismus ist durch den unfriedlichen, kriegslustigen, katastrophenhaften Imperialismus abgelöst, das muß Kautsky zugeben, ja er hat dies bereits im Jahre 1909, in einer besonderen Schrift* zugegeben, worin er zum letztenmal mit einer lückenlosen Beweisführung als Marxist auftrat. Aber wenn es unmöglich ist, einfach, ohne Umstände, plump von einer Rückkehr vom Imperialismus zum „friedlichen“ Kapitalismus zu träumen, so ist es vielleicht doch möglich, den nämlichen im Grunde kleinbürgerlichen Träumereien die Form harmloser Betrachtungen

* Die besondere Schrift K. Kautskys ist seine Broschüre: „Der Weg zur Macht“.

über einen „friedlichen“ „Ultra-Imperialismus“ zu verleihen? Wenn man die internationale Vereinigung der nationalen (richtiger: der staatlich getrennten) Imperialismen als „Ultra-Imperialismus“ bezeichnet, die die besonders unangenehmen, für den Kleinbürger besonders aufregenden und störenden Konflikte in der Art von Kriegen, politischen Erschütterung usw. beseitigen „könnte“, warum sollte man sich dann nicht über die jetzige, schon eingetretene, schon vorhandene, doppelt konfliktreiche und katastrophenhafte Epoche des Imperialismus hinwegsetzen durch harmlose Träumereien von einem relativ friedlichen, relativ konfliktlosen, relativ katastrophenlosen „Ultra-Imperialismus“, und sollte es nicht möglich sein, sich über die „schroffen“ Aufgaben hinwegzusetzen, die die für Europa eingetretene Epoche des Imperialismus stellt und bereits gestellt hat, durch Träumereien darüber, daß diese Epoche vielleicht rasch vorübergehen werde und daß es vielleicht noch denkbar ist, daß auf diese eine relativ „friedliche“ Epoche des „Ultra-Imperialismus“ folgt, die keine „schroffe“ Taktik erheischt? Kautsky sagt auch ausdrücklich, daß „eine solche (ultraimperialistische) neue Phase des Kapitalismus jedenfalls denkbar ist“, aber „ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen“ („Neue Zeit“ vom 30. April 1915, S. 144).

In diesem Bestreben, sich über den angebrochenen Imperialismus hinwegzusetzen und träumend sich in einen „Ultra-Imperialismus“ zu flüchten, von dem man nicht weiß, ob er überhaupt sich verwirklichen läßt, ist vom Marxismus kein Quentchen mehr vorhanden. Der Marxismus wird in dieser Konstruktion zwar für jene „neue Phase des Kapitalismus“, für deren Realisierbarkeit ihr eigener Verfasser keine Garantie übernimmt, anerkannt, für die jetzige schon eingetretene Phase aber wird an Stelle des Marxismus das kleinbürgerliche und tief reaktionäre Bestreben nach Abstumpfung der Widersprüche verabreicht. Kautsky hat versprochen, Marxist zu sein in der kommenden, akuten und katastrophenhaften Epoche, die er notgedrungen voraussehen und ganz eindeutig zugeben mußte, als er seine Schrift vom Jahre 1909 über eben diese kommende Epoche schrieb. Nunmehr, wo es bereits absolut feststeht, daß diese Epoche da ist, verspricht Kautsky wieder einmal, Marxist zu sein in der kommenden Epoche des Ultra-Imperialismus, von der man nicht weiß, ob sie überhaupt realisierbar ist! Mit einem Wort: Versprechungen, so viel man will, Marxist zu sein in einer anderen Epoche, aber nicht jetzt, nicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht in der gegebenen Epoche! Marxismus auf Kredit, Marxismus als Versprechen, Marxismus für morgen, eine kleinbürgerliche, opportunistische Theorie — und nicht nur Theorie — der Abstumpfung der Widersprüche für heute. Eine Art des in unseren Zeiten sehr verbreiteten Internationalismus für den Export, wo die eifrigen — ach wie eifrigen! — Internationalisten und Marxisten sympathisch gegenüberstehen jeder Aeußerung des Internationalismus... im Lager der Gegner, überall, nur nicht bei sich zu Hause, nur nicht bei den eigenen Verbündeten; die Sympathie haben auch für die Demokratie... wenn sie ein Versprechen der „Alliierten“ bleibt; Sympathie haben für das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, nur nicht derjenigen, die von der Nation abhängig sind, die die Ehre hat, den Sympathisierenden zu den Personen zu zählen, die ihr angehören... Mit einem Wort, eine der 1001 Abarten der Heuchelei.

Läßt sich jedoch dagegen streiten, daß eine neue Phase des Kapitalismus nach dem Imperialismus, nämlich: der Ultra-Imperialismus abstrakt „denkbar“ ist? Nein. Abstrakt läßt sich eine solche Phase denken. Nur in der Praxis bedeutet es Opportunist werden, der die akuten Aufgaben der Gegenwart verneint im Namen von Träumereien über zukünftige, nicht akute Aufgaben. In der Theorie bedeutet es, sich nicht auf die in Wirklichkeit sich vollziehende Entwicklung zu stützen, sondern vorher sich von dieser Entwicklung im Namen dieser Träumereien loszureißen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der Richtung zu einem einzigen Welttrust geht, der ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten absorbiert. Aber die Entwicklung dahin vollzieht sich unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen — keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usw. —, daß unbedingt noch, bevor die Sache bis zu einem Welttrust kommt, bis zu einer „ultra-imperialistischen“ Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale, der Imperialismus unausbleiblich platzen muß, der Kapitalismus sich in sein Gegenteil verwandeln wird.

Dezember 1915

W. Iljin*

DIE AGRARISCH-FASCHISTISCHE FAUST GEGEN DIE USSR

Im Sommer 1925 stand die USSR vor der Gefahr einer Intervention. Gegenwärtig wird die Sowjetrepublik aufs neue von dieser Gefahr bedroht. Jetzt wie damals ist England der hauptsächlichste Inspirator und Organisator der sich vorbereitenden Intervention. Die Revolutionierung des englischen Proletariats und die chinesische Revolution, deren Sieg der kolonialen Macht Englands den Todesstoß versetzen würde, das sind die tiefsten Quellen des Hasses des englischen Imperialismus gegen die USSR. Das eine wie das andere Mißgeschick legt das imperialistische England der USSR zur Last. Der britische Imperialismus ist im Niedergang begriffen, besitzt aber noch ausreichende Macht, um die Kräfte der allerschwärzesten Reaktion gegen den Hort der Weltrevolution — gegen die USSR — zusammenschweißen zu können.

Der englische Angriffsplan gegen die USSR bleibt im wesentlichen der gleiche wie vor 1½ Jahren. Einerseits bemüht sich England, den Balkan-Donaubund gegen die Sowjetrepublik zu schaffen, anderseits sucht es ein Bündnis Polens, Litauens und der baltischen Staaten zu dem gleichen Zwecke zu schmieden. Das Menschenmaterial für seinen Feldzug gegen die USSR sucht es in den rückständigen agrarischen und halbagrarischen Ländern, den Ländern, die finanziell von ihm abhängig sind, und bereitet auf diese Weise einen neuen Feldzug der Bauern-Vendée gegen die proletarische Republik vor. Das Ziel dieses Feldzuges ist nicht allein die Niederwerfung der Sowjet-

* Eines der Pseudonyme Lenins.

regierung, sondern auch die Zerstückelung Rußlands, seine Verwandlung in ein ohnmächtiges asiatisches Königreich durch Loslösung Weißrußlands, der Ukraine und des Kaukasus. England ist somit bestrebt, zwei Fliegen mit einer Klappe zu treffen, — den Herd der Weltrevolution zu ersticken und gleichzeitig das sich wirtschaftlich restaurierende Land zu vernichten, das Europa mit Asien, der kolonialen Basis Englands, verbindet.

Der Angriffsplan auf die USSR im Sommer 1925 wurde dank den inneren Gegensätzen unter den kapitalistischen Mächten zunichte; der Angriff wurde aber nur aufgeschoben. Im gegenwärtigen Augenblick setzt England voraus, daß die Bedingungen für die Verwirklichung seines Lieblingsplanes nunmehr günstig seien: erstens hat das englische Proletariat eine Niederlage hinnehmen müssen, die der englischen Regierung gewissermaßen die Hände frei machte, zweitens hat sich der Kapitalismus in Deutschland stabilisiert, und Deutschland hat sich dementsprechend ausgesprochen westlich orientiert; drittens hat England in dem faschistischen Italien und dem faschistischen Polen zwei verläßliche Bundesgenossen für seine konterrevolutionären Pläne gewonnen. England bereitet sich um so fieberhafter auf den Feldzug gegen die USSR vor, als ihm sowohl zu Hause wie auch in China der Boden unter den Füßen brennt. Die Liquidierung des Bergarbeiterstreiks hat wohl eine zeitweilige Schwächung des englischen Proletariats zur Folge gehabt, doch ist sich die englische Bourgeoisie wohl bewußt, daß es ihr nicht möglich ist, das englische Proletariat vollends in die Knie zu zwingen, daß dessen Kampf mit neuer Gewalt wieder emporflammen kann. Und auch in China spitzt sich die Lage aufs äußerste zu; der englische Imperialismus, der schon gezwungen war, seine Flagge in der englischen Konzession Hankaus niederzuholen, mußte damit eine starke Erniedrigung einstecken.

An der Balkan-Donaufront ist gegenwärtig das faschistische Italien der aktivste Bundesgenosse Englands. Seine imperialistischen Bestrebungen gehen dahin, Frankreich die Hegemonie im Mittelmeer zu entreißen und sich gewisser Teile des türkischen Territoriums zu bemächtigen. In der einen wie in der andern Richtung genießt Italien die energische Unterstützung Englands. Der Londoner Korrespondent der „New-York Eveningpost“ berichtet, daß Churchill in seiner Unterredung mit Mussolini die Bereitschaft Englands zum Ausdruck gebracht habe, die Annektierung eines Teiles von Anatolien durch die Italiener als Gegenleistung für eine Beteiligung Italiens am Anti-Sowjet-Block zu unterstützen. Vorher schon hatte England Italien geholfen, seine Hand auf Albanien zu legen, nunmehr aber fördert es auch das Zustandekommen eines Freundschaftsbündnisses zwischen Italien und Ungarn, isoliert durch Einkreisung Jugoslawien und zerstört damit die unter Frankreichs Protektorat stehende Kleine Entente. Die gegenwärtig zwischen Italien und Ungarn geführten Unterhandlungen bezwecken, wie die Zeitungen zu berichten wissen, den Abschluß eines italienisch-ungarischen „Freundschaftsvertrages“ zur Verwirklichung folgender Aufgaben:

Erstens Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn; zweitens Erhebung des Erzherzogs Albrecht auf den Thron von Ungarn nach seiner Eheschließung mit der rumänischen Prinzessin Helena (nach einer anderen Version mit einer italienischen Prinzessin); drittens Zutritt Ungarns ans Adriatische Meer über den italienischen Hafen Fiume, an Stelle des Hafens Spalato, den Jugoslawien für Ungarn vorgeschlagen hatte. Mit der Förde-

rung dieses Vertragsabschlusses verfolgt England die Absicht, Ungarn in den Anti-Sowjet-Block hineinzuziehen, und in Anbetracht dessen eine Versöhnung zwischen Ungarn und Rumänien herbeizuführen. In dieser Richtung hat England auch schon einen gewissen Erfolg zu verzeichnen: zwischen Rumänien und Ungarn wurde ein Uebereinkommen getroffen, das den ungarischen Magnaten die Möglichkeit gibt, durch Anrufung von Schiedsgerichten ihre Eigentumsrechte in Transsilvanien wieder herzustellen. Auf diese Weise will England Rumänien den Angriff auf die USSR erleichtern, indem es Rumänien von jener Gefahr befreit, die ihm durch einen Rückenangriff von Ungarn her droht. Das faschistische Bulgarien Zankoffs hat England schon lange in den Anti-Sowjet-Block hineinzuziehen vermocht. Der ehemalige bulgarische Generalissimus Sawow, der jetzige bulgarische Gesandte in Rom, hat laut Bericht der Belgrader Zeitung „Politika“ seinem politischen Freund in Sofia folgendes geschrieben:

„Die bulgarische Regierungspolitik kann nur zwei Wege gehen: entweder Bulgarien geht mit Jugoslawien, oder es begibt sich unter das Protektorat Englands. Mit Jugoslawien zu gehen, ist für Bulgarien aus historischen Gründen unmöglich, denn eine solche Politik würde die Rückkehr der bulgarischen Bauernpartei zur Macht bedeuten. Folglich muß mit aller Energie die Politik der Orientierung auf England betrieben werden.

Wir sehen, mit was für Hooligan-Methoden die einst auf ihren Parlamentarismus so stolze englische Bourgeoisie gegenwärtig an der Balkan-Donaufront gegen die USSR rüstet. Zu diesem Zweck fördert sie die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn, wobei sie Ungarn mit dynastischen Banden an das Königreich der rumänischen Bojaren und der kapitalistischen Räuber fesselt; daher unterstützt sie den blutrünstigen Zankoff nicht nur in seinem Kampfe gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die bäuerliche Stambulijski-Partei; daher fördert sie den räuberischen Feldzug des faschistischen Italiens gegen die Türkei, die eben erst ihre Freiheit wiedergewonnen hat; mit denselben Methoden schmiedet sie mit Hilfe der Pilsudschisten den Block an der polnisch-litauisch-baltischen Front.

Es ist kein Zufall, daß der faschistische Umsturz in Polen und die Ergreifung der Gewalt durch Pilsudski mit der Beendigung des Generalstreiks in England zusammengefallen sind. Ebenso ist es kein Zufall, daß der faschistische Staatsstreich in Litauen mit der Beendigung des Bergarbeiterstreiks in England zusammengefallen ist. Dieser Umsturz ist erst möglich geworden, nachdem England als Antwort auf den Abschluß des Vertrages zwischen Litauen und der USSR Litauen die Kredite spernte. Auch die Politik der gegenwärtigen faschistischen Regierung Litauens wird von England diktiert. Infolge der äußerst großen Unpopularität der sich offen nach Polen hin orientierenden Christlich-Demokratischen Partei kamen die faschistischen Nationalisten in Litauen zur Macht, die zum Zwecke einer Beruhigung der öffentlichen Meinung in Litauen eiligst die Erklärung abgaben, daß sie nicht beabsichtigten, den mit der USSR abgeschlossenen Vertrag zu lösen, und auch nicht auf ihre Ansprüche auf eine Wiedervereinigung Wilnas mit Litauen verzichteten. Das Organ der englischen Konservativen, der „Daily Telegraph“ ließ nach dem faschistischen Staatsstreich in Litauen unzweideutig durchblicken, daß, wenn Litauen keine Kompromißformel gegenüber Polen finden sollte, diese Formel ihm von außen her diktiert werden würde, ohne Rücksicht darauf, ob dies den Staatsinteressen Litauens ent-

sprache oder nicht. Auch das faschistische Polen irritiert der Umstand nicht zu sehr, daß der Faschismus in Litauen unter der Flagge der nationalen Unabhängigkeit Litauens einen Sieg erlangt hat. Es ist allenthalben bekannt, daß zur Erreichung eines Einvernehmens zwischen Litauen und Polen zunächst die Tochter Radziwills nach Kowno gereist ist und jetzt Radziwill selbst zu dem gleichen Zwecke dahin zu reisen beabsichtigt. Aus Mitteilungen des Organs der Estländischen Trudowiki ist bekannt, daß die litauische Regierung ihr Einverständnis gegeben habe, an einem Block der baltischen Staaten und Polens gegen die USSR teilzunehmen. Andererseits ist es bekannt, daß das faschistische Polen durch die Christlichen Demokraten mittels verschiedener provokatorischer Methoden den Abschluß eines Vertrages zwischen der litauischen Regierung und Pilsudski zu beschleunigen sucht. Es ist überaus bezeichnend, daß in Litauen die Verhaftung des ehemaligen christlich-demokratischen Polizeispitzels und Provokateurs Tomkus erfolgt war, den man beschuldigte, christlich-demokratische Abenteuer vorbereitet zu haben.

Ebenso ist es überaus bezeichnend, daß das Organ der Christlichen Demokraten „Ritas“ sich demgegenüber äußerst ruhig verhält und in einem Leitartikel schreibt:

„Es ist den Feinden des Volkes nicht gelungen, die Nationalisten und Christlichen Demokraten zu spalten. Sie nehmen daher ihre Zuflucht zu allerlei Gerüchten, zu Intrigen und Provokationen. Damit beschäftigen sich Volkssozialisten, Sozialdemokraten, Seljane (Kleinbauern) und Bolschewiki.“

Die Christlichen Demokraten wissen offenbar, daß es ihnen so oder so gelingen wird, den litauisch-polnischen Block gegen die USSR zustande zu bringen.

Sowohl in Estland wie in Lettland und in Finnland werden die gleichen Netze gesponnen. Estland ist es eben erst gelungen, von England eine große Anleihe zu erhalten, der englische Shylock leiht aber bekanntlich Geld nicht umsonst, er gibt es nur um ein Pfund Fleisch, geschnitten aus dem lebenden Körper. Und auch in Lettland wird die gleiche Intrige gegen den Sowjetstaat von zwei Richtungen aus vorbereitet; einerseits reist Goluwka von der PPS zu einer Begegnung mit dem sozialdemokratischen Außenminister Zeelens nach Riga, um die jetzige lettländische Regierung für einen Anti-Sowjet-Bund mit Polen zu gewinnen, mit dem gleichen Endziele wird auch in Lettland ganz offen ein faschistischer Umsturz vorbereitet; selbst der genaue Zeitpunkt dieses Umsturzes sowie die Namen der an diesem Umsturz beteiligten Personen werden genannt: der Oberbefehlshaber Radsinsch; der Stabschef Aire, ein ehemaliger Denikin-Offizier; die faschistischen Organisationen „Teawijas Sargs“, „Die Akropolisten“, „Der Lettländische Nationale Klub“ und die lettländischen Aissargi (Selbstschutz). Auch Finnland trifft eiligst die Vorbereitungen zum faschistischen Umsturz. Hierzu muß noch erwähnt werden, daß von den georgischen Menschewiki gesteigerte Vorbereitungen betrieben werden, um im Augenblicke der Intervention einen Aufstand in Georgien zu entfachen.

Wir sehen, daß der agrarisch-faschistische Ring gegen die USSR in fiebriger Weise, und man muß auch sagen, mit Erfolg geschmiedet wird.

Der faschistische Ring um die USSR schließt sich, ist aber noch nicht geschlossen, die Vorbereitungen für den Angriff sind im Gange, jedoch noch

nicht beendet. Die völlige Einkreisung der USSR stößt bisher noch an beiden Fronten auf gewisse Schwierigkeiten. Was die Balkan-Donaufont betrifft, so kann hier Frankreich Schwierigkeiten bereiten. Frankreich wird gewiß nicht teilnahmslos zusehen, wie Italien mit Unterstützung Englands seinen Einfluß auf dem Balkan, die Kleine Entente und den Trianon-Vertrag vernichtet. Ungarn ganz in die englischen Kreise hineinzuziehen, ist keine so leichte Sache. Einmal dürfte der ungarische Diktator Horthy kaum geneigt sein, seinen Platz einem neuen Monarchen abzutreten, auch wird Ungarn bestimmt nicht auf den Versuch einer Wiederaneignung Transsilvaniens verzichten, wenn Rumänien in einen Krieg mit der USSR verwickelt ist. Das würde aber einer Bedrohung Rumäniens im Rücken gleichkommen. Nicht geringer sind die Schwierigkeiten Englands bei der Verwirklichung seines Planes an der anderen Front.

Schon vom Locarno-Vertrag an hat England die Herstellung eines dauerhaften Einvernehmens zwischen Polen und Deutschland zum Zwecke der Befestigung der Anti-Sowjetfront zum Ziele gesetzt. Solange in Polen die Narodowzi (Nationaldemokraten) am Ruder waren, die die Interessen der mit der deutschen konkurrierenden Industrie vertraten, war eine Verwirklichung dieses Zieles nicht möglich. Seitdem aber Pilsudski am Ruder ist, der sich nach England hin orientiert und zu einem Einvernehmen mit Deutschland neigt, um freie Hand für einen Krieg gegen die USSR und für die Wiederherstellung eines Großpolens bis Kiew zu haben, ist diese Aufgabe leichter geworden, doch ist die Lösung derselben mit Schwierigkeiten verknüpft. Der Plan Englands besteht darin, die Ansprüche Polens durch die Bildung einer polnisch-litauischen Union — was faktisch einer Einverleibung Litauens durch Polen gleichkommt — zu befriedigen, um Deutschland als Kompensation den Danziger Korridor zurückzugeben. Schon damals, als dieser Plan zum ersten Male aufs Tapet gebracht wurde, stieß er auf ein überaus ablehnendes Verhalten nicht nur der Narodowzi, sondern selbst der Pilsudschisten. Der Pilsudski-Anhänger Srokowski schrieb damals in der Zeitung „Droga“ folgendes:

„Wir dürfen uns durch die ungeheuren Flächen des Ostens, durch Polesje, Nowogrudki und Wolhynien nicht irritieren lassen. Was uns der Stellung einer Großmacht nahebringt, das ist das dicht bevölkerte Zentrum unseres Staates, sein echt polnischer Teil — Posen, der Danziger Korridor und das östliche Schlesien.“

So schrieben Pilsudschisten zur Zeit, als der Austausch des Danziger Korridors gegen eine Union mit Litauen nur erst ein Plan Englands war. Nunmehr gewinnt die Frage, nach verschiedenen Nachrichten zu urteilen, ein bedeutend aktuelleres Interesse; jetzt zieht die deutsche Bourgeoisie die Verwirklichung dieses Planes ernsthaft in Erwägung. In diesem Sinne spricht sich die deutsche Presse aus (sowohl der „Börsen-Courier“ wie auch das Zentrumsorgan, die „Germania“). Von dem Bestehen ähnlicher, halboffizieller Vorschläge seitens Deutschlands spricht auch der der PPS angehörende Sejm-Deputierte Diamant, ein Mitglied der polnischen Delegation für die Verhandlungen über den polnisch-deutschen Handelsvertrag. Dies alles spricht dafür, daß die deutsche Bourgeoisie, im Bewußtsein ihrer gefestigten Position auf der internationalen Arena, ernsthaft an die Rückgabe des Danziger Korridors an Deutschland zu denken beginnt. Dieser Umstand, in Verbindung mit der Niederlage, die die Polen bei den überschle-

sischen Kommunalwahlen erlitten haben, und in Verbindung mit den Bestrebungen Deutschlands, eine Erweiterung seiner Bewaffnung sowie die Einschränkung der Militärkontrolle durchzusetzen, beginnt alle bürgerlichen Parteien Polens aufs heftigste zu beunruhigen. Der Warschauer Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ schreibt in seinem Bericht über die Eindrücke von den Debatten der polnischen Sejm-Kommission:

„Im Gesamtergebnis zeigt die Diskussion, daß alle Parteien jedwede Vereinbarung mit Deutschland ablehnen, in der territoriale Fragen berührt werden. Diese Idee (die Rückgabe des Korridors) lehnen sie einmütig ab, indem sie konstatieren, daß jegliches Anschneiden der Frage einer Veränderung der polnischen Grenze unvermeidlich zum Kriege führen müsse...“

Der polnische Außenminister Saleski hat sich in seinem Exposé über die polnisch-deutschen Beziehungen vor der Sejm-Kommission in diesem Sinne, wenn auch etwas vorsichtig, ausgesprochen. Saleski sprach „von der Notwendigkeit einer friedlichen Zusammenarbeit beider Länder“, wies aber gleichzeitig auf „gewisse beunruhigende Tendenzen“ hin, die „in gewissen Sphären der deutschen Gesellschaft“ hervorträten, und die möglicherweise eine gewisse „Gefahr“ in sich bergen könnten. Diese Tendenzen seien so gefährlich, und nicht nur allein für Polen, daß er es für nötig halte, auf sie hinzuweisen, nicht bloß, um „die polnischen Interessen, sondern auch die Interessen des europäischen Friedens zu wahren“. Noch erheblich bestimmter und schärfer haben sich später der Minister für Handel und Industrie. Kwiatkowski, und derselbe Minister Saleski anlässlich der Hissung der polnischen Flagge auf den ersten polnischen Handelsschiffen in Gdingen ausgesprochen. Saleski sagt in dieser Rede:

„Artikel 10 des Paktes über den Völkerbund erlegt einem jeden Mitglied des Völkerbundes die Pflicht auf, um den territorialen Besitz und die Unabhängigkeit aller Kontrahenten des Paktes besorgt zu sein. Aber, oh weh!, ich kann zur Zeit nicht konstatieren, daß diese Verpflichtung von allen Mitgliedern des Völkerbundes eingehalten wird... Um keinen Preis werden wir selbst eine Hand breit pommerellenschen oder ober-schlesischen Bodens abtreten... Kein Pole wird auch nur einen Augenblick schwanken, für die Verteidigung dieser Provinzen die größten Opfer an Gut und Blut zu bringen. Ich bin von der Einmütigkeit der gesamten Nation in dieser Frage überzeugt. Ich glaube, daß auch bei unseren Gegnern sich in wachsendem Maße diese Ueberzeugung durchsetzen wird, und daß damit zugleich die Propagierung solcher Projekte, wie der Austausch des Danziger Korridors gegen Litauen und Memel unmöglich wird.“

In dem gleichen Sinne spricht sich der Pilsudski nahestehende Krakauer „Tschass“ aus:

„Das ist natürlich eine Rechnung, die ohne den Wirt gemacht ist. In Polen geben sich alle darüber Rechenschaft ab, daß wir damit den Zugang zum Meere verlieren würden und außerdem einen enormen Teil rein polnischer Erde (Korridor). Weiter würden wir Wilna an Litauen abtreten, aber dafür faktisch nichts erhalten. Unsere „Union“ würde illusorisch sein und sehr bald mit einer Dis-Union (mit einem Zusammenstoß) enden. Es dürfte sich deshalb wohl kaum ein ernst zu nehmender polnischer Politiker finden, der mit solchen Erfindungen ernsthaft rechnete.“

Möglicherweise können jene friedliebenden Töne, die aus der Rede Pateks, des polnischen Gesandten in der USSR, klangen, aus dieser Befürchtung erklärt werden, daß ein sich immer mehr erholendes Deutschland die Revision des Versailler Vertrages in dem für Polen wundensten Punkte der östlichen Grenzen fordern könnte. Man darf allerdings in dieser Beziehung keinerlei Illusionen hegen. Das faschistische Polen mit Pilsudski an der

Spitze wird auf seine interventionistischen Pläne nicht verzichten. Es kann sich nur darum handeln, welchen Moment es als günstig ansehen wird. Und hier sind nun zwei Umstände in Betracht zu ziehen.

Erstens ist die Möglichkeit eines Einvernehmens zwischen Deutschland und Polen für die nächste Zukunft und ohne Verletzung der sie trennenden Grenzen nicht ausgeschlossen. In dieser Richtung arbeitet forciert die deutsche Sozialdemokratie. Die Angst vor der Revolution und vor der bolschewistischen Gefahr verblendet sie in bedeutend höherem Grade als die Bourgeoisie. Infolge dieser Angst ist sie von einem eigenartigen „Internationalismus“ durchdrungen; sie ist sogar bereit, im Namen des internationalen Kampfes gegen die Weltrevolution, gegen den Bolschewismus und gegen die USSR bis zu einem gewissen Grade die nationalen Interessen ihres geliebten Vaterlandes zu opfern. Diese Angst macht sie zu einem aufrichtig ergebenen Sklaven des englischen Imperialismus. Aus dieser Angst heraus führt sie ihre wahnsinnige „Granatenkampagne“, in der sie, selbst vom Standpunkt der deutschen Bourgeoisie aus betrachtet, weit über das Ziel hinaus geschossen ist; sie offenbart ihre Bereitschaft, Deutschland allen Ernstes und auf lange Frist als entwarfneten Vasallen England auszuliefern, was Hermann Müller anlässlich einer Audienz bei Hindenburg von diesem deutlich zu fühlen bekam. Diese Angst vor der Revolution erklärt auch die Bereitschaft der deutschen Sozialdemokratie, Polen die Innehaltung des Versailler Vertrages und der durch ihn festgesetzten Grenzen zwischen Polen und Deutschland zu garantieren, wenn nur ein Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen mit dem Ziele einer Vernichtung der USSR erreicht wird. In diesem Sinne ist auch eine Rede des deutschen Sozialdemokraten Loebe zu verstehen, der anlässlich der Fünfjahresfeier der Deutschen Sozialistischen Partei in Polen in Lodz gesprochen hat. In dieser Rede sagt er:

„Es gibt wenige, die mit den bestehenden Friedensverträgen zufrieden sein werden. Die Geschichte lehrt uns aber, daß Staatsgrenzen nichts ewiges sind. Für eine Veränderung derselben auf friedlichem Wege ist ein Einvernehmen beider Seiten notwendig. Im gegebenen Falle fehlen diese Bedingungen, und deshalb ist es jetzt nicht an der Zeit, von einer Revision der polnisch-deutschen Grenze zu sprechen.“

Zweitens ist die Möglichkeit eines polnischen Kriegsabenteuers und einer Intervention in der USSR auch ohne einen vorausgegangenen Vertrag mit Deutschland nicht ausgeschlossen, um so mehr, als die deutsche Bourgeoisie für die Sowjetrepublik keine besonders warmen Gefühle hegt. Nicht umsonst schreibt der „Börsen-Courier“ in seiner Nummer vom 5. Januar 1927:

„Was Polen in Rußland und Litauen zu unternehmen gedenkt, ist seine eigene Angelegenheit...“

Dies alles spricht dafür, daß die Gefahr einer Intervention in der USSR vorhanden ist und bleibt, obwohl es England bisher noch nicht im vollen Maße gelungen ist, den Ring um die Sowjetrepublik zu schließen. Dies alles spricht dafür, daß das Weltproletariat auf der Hut sein muß, daß alle Sektionen der Komintern das Proletariat gegen die Intervention mobilisieren und den allerbreitesten Arbeitermassen erläutern müssen, zu welcher verbrecherischen, verräterischen Tat die Sozialdemokratie unter der heuchlerischen Maske des Pazifismus sich anschickt.

Die Aufgabe beschränkt sich aber nicht allein auf die Mobilisierung des Proletariats. Es muß in dieser Richtung auch die allerumfangreichste Agi-

tation unter den Bauernmassen entfaltet werden, vor allem unter den Bauernmassen jener Länder, die England und seine Verbündeten in den Krieg gegen die USSR drängen wollen. Die Bauernschaft soll ja in erster Linie in diesem konterrevolutionären Kriege als Kanonenfutter erhalten.

Um die wohlhabenden und großbäuerlichen Schichten der Bauernschaft, die den Kommunismus fürchten, auf diesen Krieg vorzubereiten, wird die Legende verbreitet, daß die Bolschewiki den Aufstand in Litauen verschuldet hätten, daß sie auch den Aufstand im polnischen Weißrußland angezettelt hätten. Die Bauernschaft muß darüber aufgeklärt werden, daß dies die schamloseste Lüge ist. Die Komintern hat in den letzten Jahren unablässig erklärt, daß gegenwärtig keine unmittelbar revolutionäre Situation in Europa bestehe. Unter solchen Bedingungen können die Aufstandsversuche in den kleinen Grenzstaaten oder in dem einen oder anderen Teile der polnischen „Kress“ (Randgebiete) nur den Faschisten nützen; Padjauis, ein Mitglied der Partei der „Volkssozialisten“ in Litauen, hat deshalb auch im litauischen Sejm ganz richtig erklärt, daß die Gerüchte über einen in Litauen angeblich vorbereiteten bolschewistischen Aufstand jeder Grundlage entbehrten. Die gleichen Erfindungen sind auch die Gerüchte, daß die USSR zum Kriege rüste und die Armee mobilisiere. Die Sowjetrepublik ist voll und ganz mit ihrem friedlichen sozialistischen Aufbau beschäftigt, keineswegs etwa aus pazifistischen Gründen, sondern weil die bolschewistische Partei sich dessen bewußt ist, daß ihre Erfolge bei einem friedlichen sozialistischen Aufbau der Sache der Weltrevolution ungleich viel größeren Nutzen bringen werden als Kriegsabenteuer. Der Bauernschaft muß weiter erläutert werden, zu welchen Zwecken man ihr Blut vergießen will. In erster Linie müssen die Bauern der der USSR benachbarten Länder und der Balkanstaaten darüber aufgeklärt werden, daß man von ihnen für die Zwecke der Befestigung des englischen und danach des Weltkapitalismus gewaltige Opfer an Blut fordert, um die Schlinge um den Hals des Proletariats fester ziehen zu können, um nach erfolgter Erwürgung des einzigen Verbündeten des Bauernproletariats der bulgarischen faschistischen Bourgeoisie, den rumänischen Bojaren und Kapitalisten, den polnischen Pans, den lettischen Großbauern usw. die Möglichkeit zu geben, die Bauernmassen in der Sklaverei zu erhalten. Die italienische und polnische faschistische Regierung spielt sich, um die Volksmassen zu betören, als eine über den Klassen stehende Regierung auf. Um die Bauernmassen zu übertölpeln, um sie im Namen patriotischer Ziele in den Krieg hineinzudrängen, bündelt Pilsudski außerdem mit den nationalen Minderheiten an. Das „Ueber-den-Klassen-Stehen“ Pilsudskis ist aber bisher nur darin zum Ausdruck gekommen, daß er die polnische Bourgeoisie mit den polnischen Großgrundbesitzern zu vereinen vermocht hat. Ueberaus bezeichnend für den „Ueberklassencharakter“ der polnischen faschistischen Regierung ist es, daß der polnische Ministerrat eine dauernde wirtschaftliche Konferenz geschaffen hat, an der außer den Ministern und Ministerialdirektoren die Vertreter der Industrie, der Banken, des Handels und des Großgrundbesitzes teilnahmen; diese Konferenz bezweckte den „Ausgleich des Wirtschaftsprogramms der Regierung mit den Bestrebungen der Wirtschaftskreise“ und „die beständige Zusammenarbeit der Regierung und der Wirtschaftskreise“ auf dem Wege zur „Wirtschaftskonzentration“ („Epocha“ vom 31. Oktober). Die Liebe Pilsudskis zur Bauernschaft der

Grenzgebiete fand einen genügend deutlichen Ausdruck einerseits in der Konferenz Pilsudskis mit den Großgrundbesitzern in Neswisch, deren Ergebnis die Gründung einer Pilsudski stützenden neuen Partei war — die „Prawitza Narodna“ —, andererseits in der Zerschlagung der „Weißrussischen Bauern- und Arbeiter-Hromada“, deren Mitgliederzahl bis zu 70 000 betragen hatte, und in den als Gegengewicht gegenüber der Hromada geschaffenen Organisationen in der Art der „weißrussischen Rada“ und des „Siedlerbundes“, die die weißrussische Bevölkerung in entschiedener Weise als Ochranorganisationen bezeichnet. Daraus ist zu ersehen, welches Paradies Pilsudski den Bauern und Arbeitern schaffen würde, sollte es ihm gelingen, seine hochstrebenden Pläne zu verwirklichen, und wenn die einzige Macht zerstört würde, die die Pilsudski-Anhänger noch nötigt, in heuchlerischer Weise mit den Volksmassen lieb Kind zu spielen, — wenn die Sowjetmacht vernichtet würde. Die USSR und die die Republik leitende bolschewistische Partei sind in jedweder Weise und mit allen Kräften bemüht, und werden bemüht bleiben, freundschaftliche Beziehungen zu allen benachbarten Staaten aufrechtzuerhalten; sie sind aber keine Lämmer, und sie sind auch nicht geneigt, sich als solche auszugeben. Heute steht die proletarische Revolution und die Ergreifung der Macht durch das Proletariat in den der USSR benachbarten Ländern im Hinblick auf das Fehlen einer unmittelbar revolutionären Situation in Europa noch nicht auf der Tagesordnung. Aber an dem Tage, an dem die Völker dieser Staaten von ihren faschistischen Regierungen unter dem obersten Kommando des englischen Imperialismus gegen die USSR geworfen werden, wird die Geschichte diese Frage selbst auf die Tagesordnung setzen. Man muß wahrlich vollkommen blind sein, um nicht zu verstehen, daß beim zweiten Weltkriege die Zeitspanne für das Erwachen der breiten Massen zum offenen revolutionären Kampf weit geringer sein wird wie beim ersten. Die Proletarier- und Arbeitermassen haben in diesen Jahren etwas hinzugelernt.

CH. WURM

DIE HINTERGRÜNDE DER INTERVENTION DER VEREINIGTEN STAATEN IN NIKARAGUA

Irgendwo in Zentralamerika liegt ein kleines Ländchen mit knapp 700 000 Einwohnern, das trotz seiner geringen Ausdehnung von jeher die Vereinigten Staaten stark interessierte. Doch nicht in dem allgemeinen Sinne, als ob es den Vereinigten Staaten dort darauf ankäme, Oel oder sonst welche Rohstoffe zu gewinnen. Nein, in dieser Beziehung ist wenig zu holen. Gewiß hat amerikanisches Kapital auch dort Fuß gefaßt, doch im ganzen nur 3 bis 4 bedeutende Gesellschaften. So hat die J. G. White Management u. Co. von Neuyork eine Konzession für den Betrieb der 159 Meilen langen Eisenbahn, die aber formell dem Staate gehört.

Die Bragmans Bluff Lumber Co. hat seit 1923 eine Konzession über die Ausbeutung von 50 000 Morgen Wald. Schließlich kommen noch einige im

amerikanischen Besitz befindliche Bananenplantagen hinzu, alles in allem eine Kapitalanlage von rund 12 bis 15 Millionen Dollar. Schließlich dürften sich in ganz Nicaragua etwa 2000 Bürger der Vereinigten Staaten befinden. Wenn nun Washington in die Welt kabelt, daß die gelandeten Marine-truppen das Eigentum und das Leben der Bürger der Vereinigten Staaten schützen, so fragt man sich unwillkürlich, wo das Eigentum ist, und wo sich die Bürger der Vereinigten Staaten befinden, deren Interessenschädigung eine militärische Intervention in Nicaragua notwendig machte.

Trotz der geringen Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Nicaragua sah sich Coolidge in seiner Botschaft an den Kongreß veranlaßt, bezüglich der Intervention zu erklären, daß es Aufgabe der Regierung sei, die bestehende Regierung in Nicaragua aufrecht zu erhalten.

„Es ist ganz zweifellos, daß die amerikanischen Geschäftsinteressen und Investitionen in diesem Lande schwer geschädigt und möglicherweise sogar vernichtet würden, wenn die Revolution noch weiter andauerte.“

Das ist der erste Teil der Botschaft Coolidges, die jedoch mehr den Zweck hat, die Gründe der militärischen Intervention zu verschleiern. Viel deutlicher wird er, wenn er erklärt,

„daß eine Fortdauer der augenblicklichen Wirren das politische Gleichgewicht ganz Zentralamerikas gefährden und die von Nicaragua den Vereinigten Staaten gewährten Rechte auf den Bau eines Nicaragua-Kanals in Frage stellen würde.“

So verwandelt sich plötzlich der Schutz der 12—15-Millionen-Interessen in Nicaragua in eine politische Frage von eminent wichtiger Bedeutung. Nun steht auf einmal das politische Gleichgewicht Zentralamerikas in Frage und wir möchten hinzufügen, das Gleichgewicht auf dem amerikanischen Kontinent überhaupt. Die für die Vereinigten Staaten lumpigen paar Millionen-Interessen bilden somit nur einen Vorwand, der die mögliche Basis für eine militärische Intervention nach außen hin rechtfertigen sollte.

Die Kernfragen aber sind: 1. Die imperialistische Beherrschung Zentral- und Südamerikas durch die Vereinigten Staaten; 2. die Gefahr einer latein-amerikanischen Blockbildung mit Mexiko an der Spitze, die sich gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten und gegen deren zumindestens eigenartige Auslegung der Monroe-Doktrin richten würde; 3. militärisch-strategische Interessen, die mit der Beherrschung des Atlantischen und Stillen Ozeans zusammenhängen sowie die militärische Kontrolle über Zentralamerika berühren. Diese Kernfragen lassen sich in zwei Gruppen einteilen, militärische und machtpolitische, die natürlich eng in einander eingreifen.

Für die Militärpolitik der Vereinigten Staaten steht die vollkommene Beherrschung des Atlantischen und des Stillen Ozeans im Vordergrund. Hierbei spielt der Panamakanal eine außerordentlich bedeutsame Rolle, weil durch ihn der Aktionsradius der amerikanischen Seestreitkräfte ganz gewaltig erhöht wird. Bei einem Angriff gegen Japan ist es ein leichtes, in kürzester Zeit die ganzen Seestreitkräfte in den Stillen Ozean zu werfen oder mit ihnen in beiden Ozeanen glänzend zu manövrieren. Doch die Militaristen der Vereinigten Staaten halten den Panamakanal vom Standpunkte der militärstrategischen Interessen der Vereinigten Staaten immer noch für ungenügend. Dies bewiesen die Flottenmanöver im Jahre 1925.

Damals wurde der amerikanischen Bevölkerung vordemonstriert, daß der Panamakanal zum Schutze der Vereinigten Staaten gegen Angriffe vom Stillen Ozean her noch ungenügend sei. Dem Teil der Flotte, der als Feind manövrierte und im Stillen Ozean postiert war, gelang es, den Panamakanal abzuriegeln, noch ehe die Streitkräfte, vom Atlantischen Ozean kommend, durch den Panamakanal in den Stillen Ozean eindringen konnten. Militärisch wurde nachgewiesen, daß die Durchfahrt länger dauerte als die Ankunft feindlicher Seestreitkräfte aus dem Stillen Ozean. Aus diesem Grunde sei ein zweiter Kanal notwendig, wodurch diese Mängel beseitigt würden. Dieser Kanal nun soll durch Nikaragua hindurchgehen. Die Vereinigten Staaten haben in dieser Hinsicht bereits vorgearbeitet und 1917 den Bryan-Chamorra-Vertrag abgeschlossen. Durch diesen Vertrag erhielten die Vereinigten Staaten das Recht, in Nikaragua einen neuen Kanal anzulegen, wofür sie drei Millionen Dollar zahlten. Doch noch ehe dieser Vertrag abgeschlossen war, war Nikaragua längst in den Händen der Vereinigten Staaten; denn die von ihnen von Zeit zu Zeit in Nikaragua angezettelten Revolutionen gehen bis in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Schon vor dem Kriege befand sich ein ständiges Marinekontingent der Vereinigten Staaten in Nikaragua. Sie haben sich nie darin stören lassen, in die innere Politik des Landes einzugreifen, Präsidenten zu beseitigen und neue einzusetzen, wobei das Mittel „gut bewaffneter und gut finanzierter Revolutionen“ für die Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle spielte. Noch 1913 wurde von amerikanischen Soldaten die Revolution niedergeschlagen und der letzte Präsident Diaz wieder in die Macht eingesetzt. Die Marinetruppen blieben dann bis 1925 im Lande, da von diesem Zeitpunkte an die Vereinigten Staaten ihre Positionen in diesem Lande als gefestigt ansahen.

Doch mit dem Ausbruch der neuen revolutionären Bewegungen von seiten der Liberalen unter Führung Sacasas trat eine neue Wendung ein. Ein Sieg der Liberalen würde zu einer Schwächung der Machtpositionen der Vereinigten Staaten in Zentralamerika führen und den Bau des Nikaraguakanals unter Umständen wenn nicht in Frage stellen, so doch äußerst erschweren. Der Bau des Kanals setzt unbedingt die machtpolitische Beherrschung Nikaragua voraus, und darum sieht Kellog es als seine Pflicht an, „die bestehende Regierung mit aller Kraft aufrecht zu erhalten“. Wenn aber die liberale Herrschaft Sacasas aufgerichtet würde, dann „würde Nikaragua auf Mexiko schauen wie auf einen älteren Bruder“, schrieb der bekannte Washingtoner Korrespondent W. Gilbert in der „New York Evening Post“. Daß dem so wäre, zeigt sich nicht nur in der Anerkennung der Sacasa-Regierung durch Mexiko, sondern wird auch durch die Tatsache bewiesen, daß die liberalen Kräfte die stillschweigende Unterstützung von Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Kostarika und Guatemala erhalten. Diese Unterstützung ist eine erste, noch schwächliche Antwort auf die liebevolle Politik der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, von der neulich ein lateinamerikanisches Witzblatt schrieb: „Onkel Sam umarmt mich so sehr, daß er mich erwürgt.“ So ist auch die Intervention in Nikaragua eine liebevolle Umarmung, bei der zur Abwechslung wieder einmal, wie 1913, mit den Waffen etwas nachgeholfen wird. Doch das Neue gegenüber der damaligen Situation ist, daß diesmal militärstrategische Fragen, die der imperiali-

stischen Politik der Vereinigten Staaten entspringen, ein wesentliches Element bilden.

Ein weiterer Grund des Eingreifens der Vereinigten Staaten in Nikaragua ist in der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika überhaupt zu suchen. Die moderne Auslegung der Monroe-Doktrin besagt: Amerika den Vereinigten Staaten. So handelt es sich auch in dem Falle Nikaragua um die politische und wirtschaftliche Beherrschung von Zentral- und Südamerika. Hierbei stoßen die Interessen der Vereinigten Staaten hauptsächlich in Argentinien und Brasilien mit denen von England zusammen, und darum ist England im Konflikt mit Nikaragua daran interessiert, daß er möglichst zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika führt.

Die Politik der Beherrschung von Lateinamerika wird von den Vereinigten Staaten seit langer Zeit zähe und mit wenig Tamtam verfolgt. Im spanisch-amerikanischen Kriege 1898 eroberten die Vereinigten Staaten die Inseln Kuba und Porto Riko. Dadurch hatten sie einen wichtigen militärischen Stützpunkt in den Händen — die Beherrschung des Golfes von Mexiko. Darauf folgte die „friedliche Durchdringung“ Panamas, das, obwohl formell selbständig, nur ein Vasall der Vereinigten Staaten ist. Dies zeigt mit aller Deutlichkeit der im letzten Jahr zum Abschluß gekommene „Vertrag“ zwischen den Vereinigten Staaten und Panama, der den Vereinigten Staaten das Recht gibt, in Panama „dem Fortschritt in der modernen Kriegsführung Rechnung zu tragen“. Bei diesem Vertrag handelt es sich um die Verwaltung des Panamakanals. Wenn schon bei den vorausgegangenen Verträgen die Vereinigten Staaten das Land zu beiden Seiten des Kanals auch formell besaßen, so wird nach dem neuen Vertrag Panama im Kriegsfall ein „Verbündeter“ der Vereinigten Staaten. Aber auch schon im Frieden haben nun die Vereinigten Staaten das Recht, in diesem Lande militärische Manöver abzuhalten und das gesamte Nachrichtenwesen zu kontrollieren. Daß dieses „Militärbündnis“ eines Landes mit etwas über 400 000 Einwohnern mit dem mächtigsten imperialistischen Staat der Welt nichts weiter darstellt als eine Auslieferung Panamas an die Vereinigten Staaten, ist augenscheinlich.

Bei Bekanntwerden dieses Vertrages verfehlte die englische Presse natürlich nicht, darauf hinzuweisen, daß ein solcher Vertrag nicht mit den Satzungen des Völkerbundes in Einklang gebracht werden könne (Panama ist Mitglied des Völkerbundes). Ausgerechnet England, das Gibraltar, den Suezkanal in Händen hat!

Doch die „friedliche“ Durchdringungsarbeit auf dem amerikanischen Kontinent ging indessen weiter. Während des Weltkrieges wurde die Insel Haiti von amerikanischen Truppen besetzt und desgleichen die Fühler im Stillen Ozean nach Hawaii und Guam ausgestreckt. Doch das nebenbei. Inzwischen erklärten die Vereinigten Staaten dem imperialistischen Europa sehr deutlich, daß sie sich dort, wo amerikanische Interessen, deren Grenze unbekannt ist, auf dem Spiele stehen, nichts hineinreden lassen. Dies geschah besonders, als es sich um die Frage handelte, ob die Vereinigten Staaten dem Haager Schiedsgericht beitreten. Von europäischer Seite wurde eine gemeinsame Konferenz angeregt. Doch Coolidge gab zur Antwort, daß eine Vorbesprechung nur dann einen Sinn habe, wenn die amerikanischen Vorbehalte anerkannt würden. Der wichtigste Vorbehalt war, daß das

Schiedsgericht nichts zu sagen und nichts zu entscheiden habe, wenn Interessen der Vereinigten Staaten auf dem Spiele stehen. Diese Stellung wirkt unbarmherzig den ganzen Spuk vom Weltfrieden und friedlicher Verständigung über den Haufen, und was zurückbleibt, ist das Recht der Macht.

Im Zusammenhang mit der Beherrschung Lateinamerikas spielt die mexikanische Frage eine wichtige Rolle, hinter der die Frage der Beherrschung der mexikanischen Oelquellen zurücktritt. In Mexiko wurde die Politik der Vereinigten Staaten während des Weltkrieges durchkreuzt. In der Periode von 1876 bis 1910 stand Mexiko hauptsächlich unter englischem Einfluß. 1910 wurde von Madero eine Revolution mit Hilfe amerikanischen Kapitals gemacht. Mit dem Siege Maderos gewannen die Imperialisten der Vereinigten Staaten die Oberhand über Mexiko. Dabei wurde das Land mit Hilfe der Vereinigten Staaten ständig weiter beunruhigt, damit die Bevölkerung Mexikos nicht eine Gefahr für die Vereinigten Staaten werden sollte. Schließlich wurde durch die Revolution von 1917 die Macht der klerikalen Kreolen-Aristokratie, die sich auf die Finanzen der Vereinigten Staaten stützte, beseitigt und der Einfluß der Vereinigten Staaten wieder zurückgedrängt. Die Vereinigten Staaten, im Weltkrieg engagiert, konnten in diesem Momente nicht mit genügender Macht eingreifen, wodurch die Unabhängigkeitsbewegung in Mexiko nicht nur formell, denn formell war Mexiko unabhängig, aber tatsächlich gestärkt wurde. Seit dieser Zeit datiert nun ein erneuter und zäher Kampf der jeweiligen amerikanischen Regierung gegen Mexiko, um es wieder unter die Botmäßigkeit der Vereinigten Staaten zu bringen. Nur wenn man dies beachtet, kann man das gegenwärtige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko richtig werten.

Wenn nun trotzdem die Vereinigten Staaten die neuen Oelgesetze in Mexiko als Ursache des Konfliktes hinstellen, so ist dies wiederum nur eine Verdeckung der eigentlichen Hintergründe. Schon schreibt man über den Bolschewismus, der sich in Mexiko breitmachte. Durch eine geschickte Pressekampagne sollte die gesamte amerikanische Presse gegen Mexiko mobilisiert werden. Die Regierung berief zu diesem Zweck vertrauliche Pressekonferenzen ein, die sich bereits zu einem Presseskandal entwickelten, da alle Angaben sich als unwahr herausstellten, die Regierung aber jede Verantwortung ablehnte. Man sieht hier wieder deutlich, daß die „pazifistischen“ Vereinigten Staaten in ihren Mitteln, einen Krieg zu provozieren und ihn populär zu machen, durchaus nicht wählerisch sind.

Daß die neuen Gesetze Mexikos nur einen Vorwand bilden, zeigt die Haltung der englischen Interessenten, die die Gesetze anerkannten. Uebrigens genügt ein Blick auf diese Gesetze, um diese unsere Meinung zu beweisen. Dort heißt es u. a.:

„Der Nation kommt die gerechte Herrschaft über alle Mineralien, Petroleum usw. zu.“

Hier wird also nur von Herrschaft und nicht von Staatseigentum gesprochen. Dann heißt es weiter, daß der Bodenreichtum zur Ausbeutung an Konzessionäre weitergegeben wird. Hierbei können die Ausländer, wenn sie die Landesgesetze anerkennen, die gleichen Rechte erhalten. Für den Augenblick wird also von den Oelinteressenten nur verlangt, daß sie sich auf den Boden der Landesgesetze stellen, deren Anerkennung sie in den Vereinigten Staaten selbst auch fordern.

So geht es auch in der Frage Mexiko um die imperialistische Beherrschung des Landes und nicht um „die Vernichtung des Bolschewismus“. Hierbei steht aber die Entwicklung Mexikos in den letzten Jahren hindernd im Wege. Mexiko hat in letzter Zeit eine selbständige Politik zu treiben versucht, die gebrochen werden soll, und damit kommen wir zur letzten Ursache, die auch den Konflikt mit Nikaragua charakterisiert. Für die Vereinigten Staaten besteht die Gefahr, daß Mexiko das Zentrum einer Bewegung von ganz Latein-Amerika gegen die Vereinigten Staaten wird. Eine latein-amerikanische Blockbildung, mit Mexiko an der Spitze, könnte die Machtgelüste der Vereinigten Staaten in diesen Gebieten etwas eindämmen und seine Vormachtstellung etwas bedrohen. Mit dem Siege der Liberalen in Nikaragua würde die Position der Vereinigten Staaten weiter geschwächt werden, wobei noch die militärischen Fakta in Rechnung zu stellen sind. Der Bau des neuen Kanals in Nikaragua würde bedroht, und gleichzeitig bliebe eine gewisse Beunruhigung für die Vereinigten Staaten in der Beherrschung des Panamakanals durch ein allzu selbständiges Mexiko zurück, und schon Kellogg erklärte, daß das „mexikanische Gespenst in der Nähe des Panamakanals nicht geduldet werden kann“.

So ist die Intervention in Nikaragua und der Konflikt mit Mexiko ein Glied in der Kette der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten, in deren Mittelpunkt die imperialistische Beherrschung des amerikanischen Kontinents steht.

V. CODOVILLA:

DER YANKEE-IMPERIALISMUS IN AKTION

Der Fall Nikaragua

Wieder einmal wird die Monroe-Doktrin in konkreter Weise gemäß der heutigen Ausdeutung durch den herrschenden Yankee-Imperialismus: „Ganz Amerika den Nordamerikanern!“ angewendet. Die brutale Intervention in Nikaragua, um diesem Lande mit Gewalt und gegen seinen Willen eine Regierung aufzuzwingen, die den Kolonisationsplänen des Yankee-Imperialismus dienen soll, ist eine Episode, die die Reihe von Anschlägen der Vereinigten Staaten gegen die Völker Latein-Amerikas krönt. Es handelt sich um eine neue Etappe des Eindringens der Yankees in Latein-Amerika, das aber diesmal in so offener Weise erfolgt, daß es sofort auf dem ganzen amerikanischen Kontinent die Reaktion aller jener Länder hervorrief, die darin einen unmittelbaren Anschlag auf ihre Unabhängigkeit erblickten.

Wenn sich die Vereinigten Staaten entschlossen haben, mit diesem Gewaltakt die Maske von Freunden der Völker Latein-Amerikas abzuwerfen, so, weil sie dazu durch mehrere Faktoren gezwungen waren. Dieses bewaffnete Eingreifen war ein Alarmruf für die Völker Latein-Amerikas und für die Strömungen, die bisher an eine loyale Mitarbeit des Yankee-Kapitals an der Entwicklung der nationalen Wirtschaft geglaubt hatten. Diese Tatsache hat bewiesen, daß die wirtschaftliche Expansion der Yankees nur der erste Schritt zur politischen und territorialen Expansion ist.

Der Yankee-Imperialismus hat in allen Ländern Latein-Amerikas sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete eine Anzahl von Interessen geschaffen, um in der Lage zu sein, ungestraft einen wirtschaftlichen Druck auf ein Land auszuüben, ohne daß die anderen dagegen protestieren. Aber diese Interessen sind noch nicht mächtig genug, um einen Protest zu verhindern, wenn es sich um ein bewaffnetes Eingreifen handelt. Andererseits ist die vorherrschende Stellung Nordamerikas in mehreren dieser Länder noch nicht ganz herausgebildet. Sein Rivale Großbritannien läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ihm ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Yankee-Imperialismus versucht in einem schlecht gewählten Augenblick, seinen Willen den Ländern Latein-Amerikas aufzuzwingen. Die Tatsache, daß ein Teil der nordamerikanischen Presse gegen die Politik Kelloggs ist, beweist dies. Diese Presseproteste sind nicht gegen die Tatsache selbst gerichtet, sondern stützen sich nur auf strategische und Zweckmäßigkeitgründe. In einem Leitartikel der „New York Times“ findet man eine Zusammenfassung dieser Meinungen. Es heißt da unter anderem:

„Alle jene, die auch nur den geringsten Kontakt mit Lateinamerika besitzen, waren imstande, die unglückselige Wirkung zu beobachten, die hier das Vorgehen der Vereinigten Staaten, besonders in Haiti, in San Domingo, in Panama, in Mexiko und in Nikaragua ausgeübt hat. Unsere Politik in diesen Gebieten war vielleicht notwendig und gerecht, wir haben aber nicht die Geschicklichkeit besessen, sie in den Augen Lateinamerikas als eine solche erscheinen zu lassen.“

Warum haben die Vereinigten Staaten jetzt die Methoden der Vorsicht aufgeben müssen zugunsten eines bewaffneten Eingreifens, das ihre imperialistischen Zwecke offen enthüllt? Hat sich etwa die Dollar-Diplomatie durch ihre Ungeduld hinreißen lassen und damit die Ereignisse überstürzt? Nichts dergleichen. Das Eingreifen in Nikaragua ist ein Bestandteil eines Expansionsplanes, der folgende unmittelbare Ziele hat: 1. Einen Druck auf die Nationen von Mittelamerika auszuüben, die durch die sozialen Reformen von Mexiko angezogen sind, wodurch ihnen bewiesen wurde, daß die Vereinigten Staaten nicht nur nicht auf ihre wirtschaftliche und politische Kontrolle Verzicht leisten, sondern im Gegenteil geneigt sind, sie noch mehr zu verwirklichen. 2. Die internationale öffentliche Meinung auf einen möglichen Angriff gegen Mexiko vorzubereiten, das daran geht, das Bodengesetz in Anwendung zu bringen, das dem in Mexiko angelegten Yankee-Kapital einen ersten Schlag versetzt. 3. Einen Druck auf die Nationen von Südamerika auszuüben, damit sie die politischen und finanzwirtschaftlichen Forderungen Nordamerikas annehmen und sich nicht seinen Expansionsplänen widersetzen.

Es ist nicht das erstemal, daß die Vereinigten Staaten in Nikaragua eingreifen. Wir wollen hier nicht die Geschichte der Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Nikaragua darlegen, eine Geschichte, die reich an Interventionen der Yankees ist, Interventionen, die bald vorgenommen wurden zum Sturze einer Regierung, die ihnen nicht paßte, bald, um dem Lande einen Mann ihrer Wahl aufzuzwingen. Die Regierung Diaz, gegen die der nationalrevolutionäre Kampf geht, war ein Instrument des Imperialismus der Vereinigten Staaten. Aus Erkenntlichkeit für die von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe unterzeichnete die Regierung einen Vertrag mit ihnen, der ihnen den benötigten Boden zum Bau des Transatlantischen Kanals durch den Fluß San Guan und durch die beiden großen Seen, ferner einen Flotten-

stützpunkt in der Bucht von Fonseca und die Inseln des Karibischen Meeres zur Verfügung stellte. Dieser Vertrag, der den Einspruch Mittelamerikas hervorrief, opferte Gebiete ohne irgendeine Entschädigung auf. Nachher wurde Nikaragua wie ein erobertes Land behandelt, und die nordamerikanischen Unternehmungen richteten sich dort wie bei sich zu Hause ein. Die Ausbeutung der einheimischen Arbeiter wurde verstärkt; die mächtige Yankee-Unternehmung Cuganol Fruit hat von allen Kaffee-, Zucker- und Obstpflanzungen Besitz ergriffen. Die Landarbeiter müssen vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein arbeiten, und jeglicher Widerstand wird im Blute erstickt. Erst vor kurzem wurde im Dorfe Lo Cruz der Ansatz zu einem Streike durch die Ermordung von 14 Arbeitern unterdrückt.

Diese Sachlage führt notwendigerweise einen ständigen Widerstand unter den großen Volksmassen herbei, und die letzte revolutionäre Bewegung bringt diese Stimmung und den festen Willen dieses Volkes, gegen seine einheimischen und fremdländischen Unterdrücker mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, zum Ausdruck. Natürlich kann diese Bewegung keine fühlbaren wirtschaftlichen und politischen Veränderungen hervorrufen, da sie nicht von der Partei des Proletariats geleitet wird und sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter der tatsächlichen Leitung der nationalistischen Bourgeoisie befinden muß. Trotzdem kann man behaupten, daß, ohne das Eingreifen der Vereinigten Staaten ihr Sieg die Lage der werktätigen Massen verbessert hätte. Die revolutionären Kräfte von Nikaragua müssen vom internationalen Proletariat unterstützt werden, weil sie gegen den Imperialismus und für die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes kämpfen.

Es ist ganz naturgemäß, daß Diaz als der Urheber der niederträchtigen Verträge, die das Land zu einer Kolonie der Vereinigten Staaten gemacht haben, gegen die Volksrevolution die Unterstützung der Vereinigten Staaten wieder einmal verlangt und erhalten hat. Diplomatisch wird dieses Eingreifen damit gerechtfertigt, daß die Vereinigten Staaten in diesen Konflikt auf Verlangen der Regierung und zum Schutze der Interessen ihrer Landsleute eingegriffen haben. Ihre militärische Intervention ist so ungeheuerlich, daß bei den ersten Gerüchten darüber die liberal-nationalistischen Parteien und die Arbeiterorganisation dies nicht glauben wollten und an Kellogg eine Note folgenden Inhalts richteten:

„Die öffentliche Meinung ist der Ansicht, daß die Wahl Diaz' zum Präsidenten der Republik nichts anderes bedeutet als die Auslieferung unserer Nation an eine gewisse Gruppe von Bankleuten von Neuyork, die dadurch die Früchte für ihre finanzielle Unterstützung der Pläne des Generals Chamorro* seit 1925 bis jetzt ernten. Die Unterstützung, die die Vereinigten Staaten der Regierung Diaz' gewähren, beweist, daß sie die im Vertrage von Washington festgelegten moralischen Interessen aufgeben.“

Heilige Einfalt des Volkes, das da glaubt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in seine Angelegenheiten nicht ausschließlich im Interesse der Bankleute eingreifen werde!

Die Antwort auf diese Note erfolgte einige Tage darauf in Gestalt der „zufälligen“ Besitzergreifung von Puerto Cabeza, wo die Revolutionsregierung ihren Sitz hatte, und in der Gestalt der Erklärung der Ostküste, wo „zufällig“ die revolutionären Kräfte konzentriert waren, als neutrale Zone, wodurch

* Dieser General teilt mit Diaz die Macht.

diese Kräfte tatsächlich entwaffnet waren. Dies war ein tödlicher Streich gegen die Revolution.

Möglich, daß die Revolution durch die brutale Unterdrückung der Vereinigten Staaten erdrückt wird und daß die durch die Vereinigten Staaten aufgezwungene Regierung noch einmal den Sieg davonträgt. Aber der revolutionäre Geist lebt in den Massen fort und kann nur durch eine ständige militärische Besetzung erstickt werden.

Der Einfluß Mexikos auf die Länder Mittelamerikas

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß einer der Beweggründe für das unmittelbare Eingreifen der Vereinigten Staaten in Nicaragua darin bestand, zu verhüten, daß Mittelamerika dem Beispiele Mexikos folge und einen Staatsstreich mache, um sich eine wirtschaftliche und soziale Struktur zu geben, die es vom Yankee-Imperialismus unabhängig mache.

Die freundschaftliche Politik der Regierung Mexikos hat ihm die Sympathien nicht nur Mittelamerikas, sondern auch der anderen Länder Lateinamerikas eingetragen, die ihren Willen bekundet haben, sich von der imperialistischen Bevormundung freizumachen und den Weg einer nationalrevolutionären Politik zu beschreiten.

Die Länder Mittelamerikas streben seit langem die Bildung einer einheitlichen Bundesrepublik an; der Yankee-Imperialismus versucht, sie mit allen Mitteln daran zu hindern, da es ihm leichter ist, sie auszubeuten, wenn sie getrennt bleiben. Der wachsende Druck Nordamerikas auf diese Länder und im Gegensatz dazu die freundschaftliche Politik Mexikos haben in der Innenpolitik dieser Länder Veränderungen hervorgebracht, und sie orientieren sich jetzt auf die nationale Unabhängigkeit zu. Die vor kurzem stattgefundenen Wahlen in Guatemala, in San Salvador und in Costarica haben den liberalen Parteien Erfolge gebracht. Manche dieser Parteien hatten mit den Arbeiterorganisationen Verträge geschlossen und ihnen soziale Reformen versprochen. Daher der unmittelbare Protest dieser Länder gegen das Eingreifen der Yankees in Nicaragua zur Unterdrückung der Revolution. Die Arbeiterorganisationen dieser Länder haben sich im gleichen Sinne an die American Federation of Labor gewendet und von ihr gefordert, gegen die Intervention Protest zu erheben. Die kürzliche Entsendung von Kriegsschiffen nach La Seiba (Honduras) war eine dieser reaktionären Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten, die eine allgemeine revolutionäre Bewegung in Mittelamerika fürchtet. Eine andere Tatsache, die die herrschende Unzufriedenheit beweist, ist die Weigerung der Republiken Mittelamerikas und Costaricas, die von den Vereinigten Staaten angebotenen Anleihen anzunehmen, da die Vereinigten Staaten dafür als Bürgschaft die Kontrolle über die Finanzen gefordert hatten. Aus diesem Grunde war es für den Yankee-Imperialismus eine Notwendigkeit, die nationale Revolte von Nicaragua niederzuschlagen, die das Signal zu einer Revolte aller Länder von Mittelamerika, zu ihrem Abrücken von Nordamerika und zu ihrer endgültigen Orientierung auf Mexiko sein konnte.

Angesichts dieser Aussichten hat der Yankee-Imperialismus die „korrekten“ Formen der Diplomatie überschritten und die Politik militärischen Eingreifens eingeschlagen, um seine Aussichten auf künftige Expansionen zu wahren.

Die Anwendung der mexikanischen Petroleumgesetze und die Revolution in Nicaragua

Seit dem Einsetzen der revolutionären Bewegung von Nicaragua haben die nordamerikanischen Nachrichtenagenturen die Verbreitung von Mitteilungen auf sich genommen, nach denen diese Bewegung unmittelbar von Mexiko unterstützt werde, das den Revolutionären Transportmittel, Waffen usw. geliefert hätte. Um noch mehr auf die öffentliche Meinung Eindruck zu machen, haben sie später auch von „bolschewistischen Agenten“ gesprochen, die nach Mexiko entsandt worden seien, um die soziale Revolution in ganz Mittelamerika zu propagieren. Seinerseits hat der Agent der Yankee-Regierung, der unrechtmäßige Präsident der Republik Nicaragua, ein Manifest an das amerikanische Volk erlassen, worin er gleichfalls von diesen bolschewistischen Agenten sprach und sagte: „Die mexikanische Regierung versucht, die gegenwärtige Regierung von Nicaragua durch Gewalt zu verjagen, und deshalb hoffe ich, daß das Volk der Vereinigten Staaten dem Volke von Nicaragua, das gegen Mexiko, dem Förderer der Unruhen, kämpft, Beistand leisten wird.“

Die nordamerikanische Zeitung „New York World“ hat diese antimexikanischen Kampagnen aufgedeckt, die von Kelloggs Helfer Colds geleitet werden, um einen Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko gerade in dem Augenblick herbeizuführen, in dem dieses das Petroleumgesetz zur Anwendung bringt. Warum sind diese Kampagnen in der letzten Zeit stärker geworden? Weil die Vereinigten Staaten sehr deutlich begriffen haben, daß die Regierung Calles trotz ihrer Schwankungen unter dem Druck der Arbeiter- und Bauernmassen allmählich den Weg der Durchführung der revolutionären Errungenschaften der Verfassung von 1917 beschreiten mußte. Bekanntlich setzt der Artikel 27 der Verfassung fest, daß die Regierung der Alleinbesitzer des Bodens, des Wassers, der Bergwerke, der Petroleumvorkommen usw. ist und allein das Recht hat, ihre Güter zu verpachten und zu verkaufen. Dieser Artikel sollte am 1. Januar 1927 in Kraft treten, und seine Anwendung empört besonders das Auslandskapital und vor allem das Kapital der Vereinigten Staaten, weil er bestimmt, daß in einem Streifen von hundert Kilometern längs der Grenze und von fünfzig Kilometern an der Küste kein Ausländer Boden kaufen oder einer mexikanischen Gesellschaft beitreten darf, die solchen besitzt. Im allgemeinen dürfen die Ausländer nicht mehr als 49 Prozent der Aktien der mexikanischen Gesellschaften besitzen; sie müssen sich den Gesetzen des Landes unterwerfen und im voraus auf jegliche Unterstützung durch ihre Regierung Verzicht leisten.

Eine andere Klausel dieses Artikels setzt fest, daß jene, die vor dem Jahre 1917 Boden gekauft haben, vom Zeitpunkte des Vertragsabschlusses an das Recht besitzen, diesen Boden fünfzig Jahre lang auszubeuten, aber nur dann, wenn sie auf diesen Grundstücken bereits Ausbeutungsarbeiten angefangen haben. Im gegenteiligen Falle wird die Konzession für ungültig erklärt, und der Interessierte muß sie in Uebereinstimmung mit den neuen Klauseln registrieren.

Bekanntlich haben die Nordamerikaner die Petroleumvorkommen Mexikos immer als ihr Eigentum angesehen. Sie haben ihre Produktion je nach ihren Ausfuhr- und Ausbeutungsinteressen im eigenen Lande erhöht oder verringert. Deshalb ist eine große Anzahl von Konzessionen, die sie nach dem

Jahre 1917 erhalten haben, unausgenutzt geblieben und in Reserve gehalten worden. Durch die Anwendung des neuen Gesetzes mußten jene, die Grundstücke zu Spekulationszwecken in Bereitschaft hielten, darauf Verzicht leisten, neue Verträge schließen und sich den neuen Bestimmungen unterwerfen.

Dies sind die dem Auslandskapital durch den Artikel 27 der Verfassung, gegen den Nordamerika protestiert, verursachten Schwierigkeiten. Es muß jedoch darauf verwiesen werden, daß in dieser Beziehung in Nordamerika zwei Strömungen bestehen: die Strömung des Finanzkapitals, die von der Standard Oil geleitet wird, die die Finanzierung einer zum bewaffneten Eingreifen führenden Revolution vorschlägt, und die andere Strömung — die des Industriekapitals, das immer mehr in die Industrie Mexikos eindringt, dort gute Gewinne erzielt und sich jeglichem Eingreifen widersetzt.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß der Imperialismus Großbritanniens sich keine Gelegenheit entgehen läßt, um aus den Reibungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten Gewinn zu ziehen. Diese Taktik wird durch die Regierung Calles begünstigt, die unter Ausnützung des Gegensatzes zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten den Versuch macht, dies zur Konsolidierung ihrer Lage auszunützen. Während dieser Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben sich die britischen Gesellschaften, die 24 Prozent des gesamten im Bergbau angelegten Kapitals besitzen, während die Vereinigten Staaten 63 Prozent besitzen, beieilt, die Bedingungen des neuen Gesetzes anzunehmen, und die Gesellschaften Aguila und Corona haben der Regierung mehrere Ansuchen um neue Konzessionen vorgelegt.

Eine bewaffnete Intervention in Mexiko würde im ganzen übrigen Amerika eine antinordamerikanische Rückwirkung und den sofortigen Verlust eines Teiles dieser Märkte herbeiführen. Darum glauben wir, daß die Aussichten für die annexionistischen Pläne des Yankee-Imperialismus gegen Mexiko und die anderen Länder Mittelamerikas, ein erster Schritt zur Annexion des gesamten Kontinents, gegenwärtig nicht günstig sind.

Die Gefahr eines unmittelbaren Krieges

Die militärische Expansion der Vereinigten Staaten in Mittelamerika und in Mexiko wird erst dann einsetzen, wenn dies in einem gewissen Grade gefahrlos vor sich gehen kann, sei es dadurch, daß die unmittelbaren Rivalen der Vereinigten Staaten — Großbritannien und Japan — mit anderen militärischen Unternehmungen beschäftigt sind, sei es, daß sie für ihre Neutralität in anderen Teilen der Welt andere territoriale Vorteile erhalten. Kann man zur Zeit von einer solchen Lage sprechen? Wir glauben, daß dem nicht so ist.

Was die Länder Latein-Amerikas betrifft, so werden sich letzten Endes alle diese Länder gegen den Yankee-Imperialismus wenden, wenn man auch nicht die Möglichkeit von bewaffneten Konflikten ausschließen darf, die von Nordamerika angestiftet werden (Tacna-Arica, Beschränkung der Grenzen usw.). Keine der Regierungen, auf die der Yankee-Imperialismus rechnen kann, um bewaffnete Konflikte zu provozieren, besitzt die Unterstützung der Volksmassen. Sie alle herrschen durch brutale Reaktion; wenn die Bevöl-

kerung dieser Länder bewaffnet werden wird, damit sie an Kriegen teilnehmen, die nur ihre Unterdrückung vermehren, werden sie sich gegen ihre eigenen Regierungen wenden, sie von der Macht verjagen und demokratische anti-imperialistische Regierungen bilden.

Dies wird im besonderen in Bolivien, Peru, Kolumbien, Venezuela usw. der Fall sein.

In den anderen Ländern Südamerikas, in denen bereits eine entwickelte nationale Bourgeoisie besteht, da wird sich diese unter dem Drucke der Arbeiter- und Bauernmassen von allem Anfange an gegen den Yankee-Imperialismus erklären. Andererseits hat in diesen Ländern der britische Imperialismus starke Interessenströmungen und wird, ohne es nötig zu haben, unmittelbar an den Konflikten teilzunehmen, seinen Einfluß gegen seine Rivalen verwerten.

Die Frage Nikaraguas wird von den Vereinigten Staaten nicht durch endgültige Besitzergreifung des Landes gelöst werden, sondern nur durch Unterdrückung der Revolution und durch Schaffung einer Regierung, die den Interessen Nordamerikas entspricht.

Die Vereinigten Staaten können Mexiko angesichts des Widerstandes im Innern des Landes und der Unterstützung, die es im Auslande finden würde, nicht unmittelbar den Krieg erklären. Andererseits aber kann der Yankee-Imperialismus den Widerstand Mexikos gegen sein „geheiligtcs Expansionsrecht“ nicht unbestraft lassen. Wird es bis zu einem Bruche der diplomatischen Beziehungen kommen? Es ist möglich. Wir glauben aber, daß dies das Höchstmaß dessen ist, was Nordamerika machen kann. Man darf nicht die Möglichkeit ausschließen, daß es versucht, eine Revolution gegen die gegenwärtige Regierung zu organisieren, besonders jetzt, da sich die Periode der Präsidentenwahlen nähert. Man spricht bereits offen von einer Revolution, die vom reaktionären General De la Huerta geleitet wird, der von den Vereinigten Staaten wegen seiner „revolutionären“ Tätigkeit an der Grenze von Mexiko „festgehalten“ wird. Die reaktionäre mexikanische Zeitung „Excelsior“ veröffentlicht bereits Artikel, die all dies beweisen, zugleich aber darauf hinweisen, daß Erfolgsmöglichkeiten nicht bestehen. Dies wird jeglichem Aufstande gegen die gegenwärtige Regierung widerfahren. Die Revolution in Mexiko kann gegenwärtig nicht gegen den Volkswillen gemacht werden, und wenn De la Huerta oder irgend jemand anders Aufstandsbewegungen erregen will, die auf die reaktionären Schichten des Landes und auf die durch die Revolution entwurzelten Elemente gestützt sind, so ist er zum Mißerfolg verurteilt. Die Massen der Arbeiter und Bauern Mexikos werden die gegenwärtige Regierung bedingungslos unterstützen, wenn sie dem imperialistischen Drucke des Auslandes und der Reaktion des Inlandes Widerstand leistet und die Errungenschaften der Revolution verteidigt. Können alle diese Hindernisse die Vereinigten Staaten von der Durchführung ihrer Eroberungspläne in Latein-Amerika abhalten? Darauf ist mit Nein zu antworten. Letzten Endes wird dies das vom nord-amerikanischen Imperialismus erzielte Ergebnis sein. Um aber seine Raubpläne zu verwirklichen, muß er die Hände frei haben und darf weder in den Ländern Südamerikas noch seitens Großbritanniens und vor allem nicht seitens seines Feindes in den Ländern des Stillen Ozeans, Japans, auf Widerstand stoßen.

Würde nicht im Falle eines Krieges der Vereinigten Staaten gegen Mexiko und die Länder Mittelamerikas, eines Konfliktes, der letzten Endes zu einem Kriege auf dem gesamten Kontinent führen würde, Japan diese Gelegenheit ausnützen, um seinem Feinde einen schweren Schlag zu versetzen und so die Ereignisse zu überstürzen, die früher oder später eintreten werden?

Deshalb glauben wir, daß die gegenwärtig von den Vereinigten Staaten gegen Mexiko eingeleitete Offensive nur als das Vorspiel eines Eroberungskrieges in Latein-Amerika angesehen werden kann, zu dem es früher oder später kommen wird. Aber gegenwärtig ist die Besetzung von Nikaragua als ein Einschüchterungsmanöver der Vereinigten Staaten gegen die Länder Latein-Amerikas und als Warnung an die ganze Welt anzusehen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, die Monroe-Doktrin zur Anwendung zu bringen.

T. I.:

DAS NEUESTE MACHWERK MASLOWS

Die aus der deutschen Partei und der Komintern ausgeschlossenen kleinbürgerlichen Renegaten beweisen durch ihr ganzes Verhalten die Richtigkeit des Ausschlusses. Sie haben eine schmutzige Flugschrift über ihre Moskauer Reise herausgebracht und begonnen, ein neues fraktionelles Organ herauszugeben („Mitteilungsblatt“). Diese Leute, die noch vor dem Plenum der Komintern eine besondere Gruppe im Reichstag gebildet haben, sind offensichtlich bestrebt, den Grundstock zu einer neuen Partei zusammenzuschustern. Aussichten auf Erfolg haben sie wenig. Vor allem darum, weil das antikommunistische Gesicht der Ultralinken mit jedem Tage immer deutlicher hervortritt. Von bedeutendem Interesse sind in dieser Hinsicht die neuesten Dokumente des Maslowschen Grüppchens, darunter auch die neue, zum Erweiterten Plenum herausgebrachte Plattform.

Vor allem interessiert an diesen neuen Dokumenten die ein wenig deutlichere Sprache in bezug auf die USSR, als deren Freunde sich diese Leute bis jetzt auszugeben suchten. In ihrer neuen Plattform stellen sie folgende „giftige“ Frage:

„Sollen sie (die Kommunisten in Deutschland. T. I.) sich lediglich als Propagandisten der Sowjetunion, des Staates UdSSR mit allen seinen Mängeln und Fehlern fühlen und gebärden, oder sollen sie, bei aller aktiven Solidarität mit Sowjetrußland, die Grundsätze des Kommunismus als Leitstern betrachten und weder die Nep, noch die Mängel des heutigen Rätestaats schönfärben und idealisieren?“

Alle diese Fragen fordern eindeutige Antwort. Die bisherigen, offiziellen Antworten führen, auch wenn sie russisch (d. h. auf die russische Frage bezugnehmend) zu sein scheinen, zum Opportunismus in jeder praktischen und taktischen Frage von Bedeutung.“ („Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition der KPD“, S. 30. Unterstrichen von den Verfassern der Plattform.)

Also: e n t w e d e r — o d e r. Entweder sind die Kommunisten Propagandisten des „Staates USSR“ und geben somit die Grundsätze des Kommunismus preis, oder aber sie propagieren die Grundsätze des Kommunismus und hören somit auf, Propagandisten des Sowjetstaates zu

sein. Hieraus folgt mit zwingender Notwendigkeit, daß zwischen dem „Staate USSR“ und den Grundsätzen des Kommunismus ein unversöhnlicher Gegensatz besteht. Die Maslowisten ziehen natürlich (natürlich!) die Grundsätze des Kommunismus vor, zu deren Erkenntnis sie 1919 gekommen sind. Wenn dem aber so ist, wozu dann die „aktive Solidarität“ mit der USSR, die in der zitierten Tirade anstandshalber erwähnt wird? Die „Solidarität“ Maslows und Ruth Fischers, bestehend in der Verbreitung von Märchen über die Kulakisierung der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei, über den Zehnstudentag, die Potemkinschen Dörfer für die ausländischen Delegationen, über den Einfluß der Bourgeoisie auf den Charakter des Sowjetstaates usw. und dergl., — eine solche „Solidarität“ läßt sich übrigens sehr wohl vereinbaren mit der Anerkennung eines Gegensatzes zwischen der USSR und den Grundsätzen des Kommunismus. Es ist das in der Tat eine aktive Solidarität, jedoch nicht eine solche mit der Sowjetunion, sondern mit Kautsky und Korsch. Es ist das echtes Renegatentum, Renegatentum in bezug auf die erste Sowjetrepublik, in bezug auf die Diktatur des Proletariats. Es ist das ein völliger Uebertritt zu der Position des Menschewismus, der seit langem jedermann versichert, die westeuropäischen Kommunisten seien Agenten des russischen Staates, die die Sache der Arbeiterklasse verrieten. Und wenn man auch diesen Uebertritt mit verlogenen Behauptungen über das Schönfärben der Mängel in der USSR bemäntelt, so kann man doch mit solchem Unsinn niemand hinters Licht führen. Denn nicht nur den Kommunisten, sondern auch den sozialdemokratischen Delegationen wurden alle Schwierigkeiten und Mängel unseres Aufbaus eingehend und umständlich erklärt, und keiner übt solche Selbstkritik wie die proletarische Revolution und ihre Partei.

Die „aktive Solidarität“ äußert sich bei den Renegaten auch darin, daß sie der deutschen Bourgeoisie helfen, die Beteiligung der letzteren an der Vorbereitung eines Krieges gegen die USSR vor den deutschen Arbeitern zu verbergen. Sie wiederholen fast wörtlich die Behauptungen der deutschen Regierung, wenn sie in ihrer neuesten Plattform erklären:

„Es ist nicht wahr, daß die deutsche Bourgeoisie sich eindeutig westlich orientiert hätte...“

Gegenwärtig sind die reaktionärsten Krautjunker der Deutschnationalen Partei ausgesprochen ‚östlich‘ orientiert und die ausgesprochensten Reformisten beginnen, zufrieden mit der Absägung der ‚Utopisten‘ und ‚leeren Agitatoren‘ in der KPdSU, zu Marktschreibern deutsch-sowjetrussischer Annäherung zu werden.“ (Plattform, S. 41.)

Nicht um einzelne Deutschnationale handelt es sich, die übrigens in der letzten Zeit auch vor der Locarnopolitik, also vor der Westorientierung, immer mehr kapitulieren. Die Hauptlinie der deutschen Bourgeoisie ist die Westorientierung, denn die USSR kann und wird nicht ihre imperialistischen Pläne unterstützen. Diese unzweifelhafte Tatsache suchen nun Maslow und Co. zu vertuschen. Ihre Anstrengungen wirken besonders komisch jetzt, wo die Beteiligung Deutschlands an dem faschistischen und antisowjetistischen Umsturz in Litauen sowie die Annäherung zwischen Deutschland und dem Pilsudski-Polen bekannt geworden ist, wo die Reformisten, die laut Maslow zu Verkündern russisch-deutscher Annäherung geworden sind, eine blindwütige Kampagne anläßlich

der „Sowjetgranaten“ führen. Die ultralinken Renegaten helfen der Bourgeoisie und dem sozialdemokratischen Pack, die deutschen Arbeiter zu beschwindeln, sie zurückzuhalten von einem Kampfe gegen die Gefahr eines neuen Krieges mit der Sowjetunion.

Das ist aber noch nicht alles. Noch klarer haben Maslow u. Co. ihre Auffassung von der „aktiven Solidarität“ mit der USSR in der ersten Nummer ihres Fraktionsorgans zum Ausdruck gebracht:

„Die diplomatischen Verträge (mit der USSR — T. I.) sind Sache der Diplomaten. Sache der Komintern ist aber nur eine revolutionäre Politik, die nicht das diplomatische ‚Ziel‘ eines utopischen ‚Friedens‘ hat, sondern das revolutionäre Ziel des Sturzes der Bourgeoisie.“

Uebrigens: warum hat man das Wort Frieden in Anführungszeichen gesetzt? Offenbar wird von Maslow oder jemanden seiner Waffenbrüder bezweifelt, daß das wirkliche Ziel der roten Diplomatie (das ebenfalls unter irgendeinem Verdacht steht) des von der Kommunistischen Partei geleiteten Sowjetstaates die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Offenbar ist Maslow nicht abgeneigt, sich die korschistische (eigentlich menschwistische) Legende von einem roten Imperialismus zu eigen zu machen.

Das Wesen der Sache besteht jedoch darin, daß die Notwendigkeit des Kampfes der Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern für den Frieden mit der Sowjetunion, d. h. eines Kampfes gegen die Intervention, von den Ultralinken verneint wird. Das ist eben Sache der Diplomaten, wir aber, die rrrevolutionärsten der Kommunisten, werden die Bourgeoisie stürzen.

So wird unter dem Deckmantel einer hurrarevolutionären Phrase Verrat an den Arbeitern und Bauern der USSR geübt. Maslow weiß sehr wohl, daß die westeuropäischen Kommunisten im gegebenen Augenblick außerstande sind, die Bourgeoisie zu stürzen. Er unterschiebt der aktuellen Aufgabe des Kampfes gegen die Intervention die — für den gegenwärtigen Augenblick — „utopische“ Aufgabe des proletarischen Aufstandes und erleichtert somit wiederum den Kampf der Bourgeoisie gegen die Sowjetrepublik. Am interessantesten ist aber, daß die oben zitierten Teile enthalten sind in einem Artikel anlässlich . . . des Staatsstreiches in Litauen.

Diese Position der Maslowisten ergibt sich mit eherner Logik aus ihrem Verhalten zu der USSR im allgemeinen. Bekanntlich sah sich der Oppositionsblock in der KPSU unter dem Druck der Tatsachen und der Arbeiterzellen genötigt, viele von seinen Anschuldigungen hinsichtlich der **E n t a r t u n g** der Partei und des Sowjetstaates zurückzunehmen. In der Erklärung, die die russische Opposition auf der Plenartagung der Komintern verbreitete, schrieb sie:

„Jedermann, der, indem er sich direkt oder indirekt mit uns zu solidarisieren versucht, gleichzeitig den proletarischen Charakter unserer Partei und unseres Staates und den sozialistischen Charakter des Aufbaues in der USSR verneinen wird, wird auch weiterhin unsererseits rücksichtslosem Widerstand begegnen.“

Diese Erklärung ist natürlich durch und durch heuchlerisch, denn gerade solche Anschuldigungen wurden von Trotzki, Kamenew und anderen prominenten Oppositionellen gegen die Partei und den Sowjetstaat erhoben. Immerhin beweist das, daß unsere Opposition eine Reihe von Positionen in dieser **f u n d a m e n t a l e n** Frage aufgegeben hat.

Die Maslowisten sind in dieser Hinsicht „steinhärter“. Sie halten die Beschuldigungen des „Thermidors“, des „Abrutschens vom proletarischen Gleis“, des „bei weitem nicht proletarischen Charakters unseres Staates“ usw. und dergleichen nach wie vor für die zentrale Frage der Diskussion in der KPSU. Die neue Plattform führt (nach der Rede Bucharins auf der 15. Konferenz) die entsprechenden Ausdrücke der Opposition an und erklärt:

„Da die von Bucharin zitierten Aeußerungen von verantwortlichen Funktionären der KPdSU getan worden sind, z. T. von Mitgliedern des ZK und zum großen Teil von alten Bolschewiken, jahrzehntelangen Mitarbeitern Lenins, so ist anzunehmen, daß sie, nach Abstrichen polemischer Uebertreibungen, mindestens zu 50 Prozent ernst gemeint sind. Angesichts so tiefgehender Differenzen eine Krise leugnen, ist ein Zeichen völliger Verantwortungslosigkeit.“ (Plattform, S. 50.)

Es ist sehr interessant, daß die deutsche Opposition ihre russischen Führer nur zu 50 Prozent ernst nimmt. Wesentlich ist aber dabei, daß die Maslow, Fischer usw. die These über die bürgerliche Entartung der USSR und der KP aufrechterhalten und als die wichtigste Differenz betrachten.

Wenn aber der Sowjetstaat ein „bei weitem nicht proletarischer Staat“ ist (sei es auch nur zu 50 Prozent), wenn er von „Totengräbern der Revolution“ regiert wird, wenn er den Thermidor durchmacht bzw. ihm entgegengeht, so ist es klar, daß ein solcher Staat im Gegensatz zu den Grundsätzen des Kommunismus steht, und daß es sich nicht lohnt, einen solchen Staat zu verteidigen. Um so mehr, da laut Maslow auch die Oekonomie der Sowjetunion sich im großen und ganzen in kapitalistischer Richtung entwickelt:

„In den letzten zwei Jahren wuchsen die bürgerlichen Klassen in der Sowjetunion, entsprechend dem Wachstum, relativ und absolut, der kapitalistischen Wirtschaftsportionen der russischen Gesamtwirtschaft und entsprechend dem u. a. auf ‚Abdämpfung‘ der Klassengegensätze gerichteten Kurs der herrschenden Stalinschen Fraktion.“ (Plattform, S. 28.)

Lassen wir die Frage nach der Politik des Klassenkampfes beiseite. Wenn Maslow u. Co. tatsächlich auf dem Standpunkte des relativen Wachstums der kapitalistischen Elemente in der Oekonomie der USSR stehen (das spezifische Gewicht der kapitalistischen Elemente kann aber wachsen nur auf Kosten der Rolle des sozialistischen Sektors der Wirtschaft), so liefert diese Behauptung, auch wenn sie den allgemein bekannten Tatsachen widerspricht, den Schlüssel zu der ganzen „theoretischen“ Position der Ultralinken (und Kautskys). Wenn die kapitalistischen Elemente sich schneller als die sozialistischen und auf Kosten der sozialistischen entwickeln, wenn die Partei und der Staat entarten, dann stehen sie im Gegensatz zu den „Grundsätzen“ des Kommunismus, dann darf man nicht für den Frieden mit einem solchen entartenden halbkapitalistischen Lande kämpfen. Wir gratulieren Kautsky zu den neuen Verbündeten.

Es ist klar, daß die Maslowisten mit der Erklärung der Opposition der KPSU vom 16. Oktober unzufrieden sind:

„Wenn auch die Führer der russischen Opposition in ihrer bekannten Erklärung vom 16. 10. 1926 behaupten, diese ihre politischen Anschauungen weiterhin zu behalten, so sehen wir doch in dieser ihrer Erklärung eine Kapitulation, die wir weder billigen noch für unser Verhalten als maßgebend betrachten können.“ (Plattform, S. 50.)

Die Ultralinken sind also für die Fortsetzung des Fraktionskampfes in der KPSU, obwohl (oder gerade weil) sie genau

wissen, daß die Fortsetzung und Zuspitzung dieses Kampfes die Gefahr der Spaltung in sich birgt. Uebrigens sind sie der Meinung, daß die Opposition innerhalb der KPSU ihre im Oktober begangene Sünde durch das neue Auftreten auf der Plenartagung der Exekutive bereits abgeübt habe:

„Eben deshalb war die Erklärung vom 16. Oktober ein Fehler und eben deshalb war das Auftreten auf der EKKI-Tagung, politisch gesehen, eine Korrektur dieses Fehlers.“ (Mitteilungsblatt Nr. 1.)

Hier hat Maslow unvermutet die Wahrheit gesagt: das Auftreten der Opposition auf der Plenartagung der KI machte ihre Erklärung vom 16. Oktober zunichte, denn es war ein fraktionelles Auftreten im internationalen Maßstabe.

Immer deutlicher wird auch die Position der Maslowisten in den Fragen der Komintern und der deutschen kommunistischen Partei. Immer deutlicher tritt der ausgesprochen liquidatorische Charakter dieses Standpunktes zutage, den man mit einem Geschrei über das Liquidatorentum der Mehrheit zu verdecken sucht. In ihrer neuen Plattform erklären die Renegaten bereits offen:

„Die kommunistischen Parteien sind heute nur dem Namen nach kommunistisch, in Wirklichkeit aber durch die immer mehr liquidatorische Politik der KI zerrüttet, ideologisch und organisatorisch verwirrt und fast ohne jede Schlagkraft.“ (Plattform, S. 17.)

Es gibt keine kommunistischen Parteien mehr! Das ist die neueste Losung des ultralinken Menschewismus. Es ist nur natürlich, daß im Kampfe gegen Organisationen, die sich zwar kommunistisch nennen, in Wirklichkeit aber es nicht sind, alles erlaubt ist. Warum streben dann aber Maslow, Fischer und ihre Freunde so eifrig danach, in den Reihen dieser kommunistischen Organisationen zu bleiben, in denen, so sollte man meinen, wirkliche Kommunisten nichts zu suchen haben? Die Antwort ist klar: um diese Parteien zu zersetzen und zu spalten. Dreimal recht hatte das Plenum der Exekutive, als es den Ausschluß dieser Leute bestätigte, die ihre Partei verleugneten und deswegen durch den durchaus verdienten Spitznamen „Renegaten“ „beleidigt“ werden.

Maslow muß aber zeigen, wie eine wirkliche kommunistische Partei, eine wirklich kommunistische Politik aussehen soll. Er hat sich endlich entschlossen, der politischen Linie der Komintern und des deutschen Zentralkomitees seine eigene politische Linie in den Hauptfragen der internationalen und deutschen Politik entgegenzustellen. Um aber dies tun zu können, muß er abrechnen mit den Sünden seiner Vergangenheit, mit den Sünden jener Zeit, als er an der Spitze der KPD stand. In der neuen Plattform sind wertvolle Eingeständnisse enthalten, die sich auf diese Periode in der Geschichte der ultralinken Abweichung beziehen, Eingeständnisse der Fehler des ultralinken Zentralkomitees in den Jahren 1924/25:

„Diese Fehler bestanden in folgendem:

b) in ungenügender Festigkeit gegenüber scheinradikalen, meist aber nicht nur aus echten, wenn auch unklaren revolutionären Instinkten, sondern aus Niederlagestimmungen stammenden Strömungen in den Fragen der Gewerkschaftsarbeit und der Perspektive...

Falsch war es, in Frankfurt ein praktisches Aktionsprogramm nicht in den Mittelpunkt für die kommende laufende Arbeit zu stellen...

Falsch war der Verzicht auf die Konkretisierung dieser Linie (Steuer- und Zollfragen)...

Falsch war dagegen der Verzicht darauf, taktisch die in der Frage ‚Republik‘ gegen ‚Monarchismus‘ (Präsidentenwahl) vorhandenen Differenzen unter den bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD, nicht durch geschickte Angebote an die SPD und den ADGB auszunutzen...

Der Hunger nach greifbaren Erfolgen, insbesondere angesichts der erneuten Anfüllung der Gewerkschaften mit neuen Mitgliedern und des Nachhinkens der KPD in der Stellung von Tagesaufgaben schufen eine latente Unzufriedenheit, die der ‚Offene Brief‘ ausnutzt.“ (Plattform, S. 54/55.)

Das ist ein kurzes Verzeichnis der Fehler, die von den Maslowisten jetzt zugegeben werden. Ein wirkliches Armutszeugnis, das sich die Verfasser der Plattform selber ausgestellt haben. Grundlegende Fehler in den wichtigsten Fragen (Einheitsfront, Teilforderungen, Gewerkschaftsarbeit), Fehler typisch sektiererischen Charakters — das ist das Ergebnis der „Regierungszeit“ der Ultralinken in der KPD.

Jetzt sind sie aber zu Gefäßen der politischen Weisheit geworden und erstreben „die Schaffung einer wirklich kommunistischen Partei“ als Gegengewicht zu der „opportunistischen“ Mehrheit. Was ist nun das Glaubensbekenntnis dieser „wahren“ Kommunisten? Was haben die Ultralinken aus ihren Fehlern gelernt? Nichts.

Sie bekämpfen noch nach wie vor die Taktik der **Einheitsfront**. In der ganzen Plattform ist kein Wort enthalten über die Notwendigkeit der Einheitsfronttaktik und darüber, wie sie angewendet werden soll. Dafür wird wiederholt erklärt, die Erfahrung aus der Anwendung der Einheitsfronttaktik sei bis jetzt nur negativ gewesen.

„Dabei waren seit 1922 alle Erfahrungen der Kommunisten die, daß dabei das Proletariat Schaden erleidet, und die Reformisten, nachdem sie uns ausgenutzt haben, gestärkt aus allen Aktionen hervorgehen, in welchen wir an ihrem Schwanz herlaufen, wofür sie uns dann den Fußtritt geben.“ (Plattform, S. 34.)

Aber nicht nur in der Praxis sei die Einheitsfront **stets und überall** mißglückt. Auch die **Theorie** der Einheitsfront leidet an einem organischen Fehler.

„Daß man den Einfluß der Reformisten auf die Arbeiter vermindert, wenn man sich in Propaganda, Agitation und Zielsetzung ihnen (wahrscheinlich den Reformisten — T. I.) anpaßt.

Das war die bisher allein geübte Theorie und Praxis der Einheitsfronttaktik. Das ist, entgegen allen Beteuerungen, eine Kapitulantens- und Liquidatorenideologie.“ (Plattform, S. 45.)

Also sei die ganze Theorie der Einheitsfront (an deren Ausarbeitung bekanntlich auch Lenin teilnahm) eine Kapitulantens- und Liquidatorenideologie. Ueberall seien wir bis jetzt von den Reformisten geschlagen worden und verwandelten uns selber in Reformisten. Hoffnungsloser und marktschreierischer Pessimismus, Renegatentum in bezug auf die taktischen Grundsätze der Komintern, sektiererische Furcht vor der Politik der Gewinnung der Massen — das ist das Glaubensbekenntnis Maslows und Co.

Genau so verhalten sich die Ultralinken auch zu der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung. Sie verstehen nicht, die be-

gangenen Fehler und den richtigen Kern dieser Losung auseinanderzuhalten, und lehnen die Losung einfach mit folgender Argumentation ab:

„Fordert man aber Neuwahlen, um eine ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘ zustande zu bekommen (übrigens stellt die KPD die Frage nicht so — T. 1.), so sagt man damit, daß die Situation schon unmittelbar revolutionär ist, dann soll aber Arbeiter- und Bauernregierung ein Pseudonym der Räteregierung sein. Durch solche Propaganda betrügt man die Arbeiter, weil die Voraussetzungen für sie fehlen. Die Situation ist ja eben nicht revolutionär, und wäre sie es, so brauchte man kaum ein Pseudonym anzuwenden.“ (Mitteilungsblatt Nr. 1.)

Also nie, weder in einer unmittelbar revolutionären Situation noch in dem entgegengesetzten Falle, sei bei der Agitation sowohl wie bei der Propaganda die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung anwendbar. Durch diese Behauptung wollen die Ultralinken dem Kommunismus noch einen Weg abschneiden, ihn noch einer Methode des Herangehens an die sozialdemokratischen Arbeiter berauben, die für die Losung der proletarischen Diktatur noch nicht empfänglich sind. Auch in dieser Frage offenbaren Maslow und Co. ihre Natur sektiererischer Doktrinäre.

Sie sind auch gegen die Arbeit der KPD unter den nichtproletarischen Schichten der werktätigen Bevölkerung.

„Die Kleinbürger können in unmittelbar revolutionärer Situation, wenn die Klasse der Bourgeoisie in starke Zersetzung übergeht, zu größeren oder geringeren Teilen neutralisiert und sogar auf die Seite des kämpfenden Proletariats herübergezogen werden. Aber sich einbilden, in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus werde man Kleinbürger dadurch gewinnen, daß man ihre spezifischen Kleinbürgerlosungen (in Konkurrenz mit kleinbürgerlichen Demagogen und Reformisten) aufgreift (wie z. B. bei der Aufwertung), bedeutet, daß man die Klassenlinie nicht mehr klar zieht.“ (Unterstrichen von den Verfassern, Plattform S. 46.)

Man kann darüber streiten, ob die einen oder anderen Forderungen des Kleinbürgertums vom Standpunkte des Proletariats aus annehmbar sind. Maslow ist aber überhaupt dagegen, daß man in der Periode der relativen Stabilisierung unter dem Kleinbürgertum arbeitet. Er ist offenbar der Meinung, daß, wenn die unmittelbar revolutionäre Situation eingetreten ist, das Kleinbürgertum gleich einer gebratenen Taube der Kommunistischen Partei direkt in den Mund fliegen werde, ohne Vorbereitungsarbeit, ohne daß das Proletariat auch in der Periode der teilweisen Stabilisierung bewiesen hätte, daß es und nur es die Interessen aller Werktätigen und Ausgebeuteten verteidigt, ohne daß Stützpunkte in den Reihen der Kleinbürger geschaffen worden sind. Dieser offenkundige Unsinn bedeutet wiederum nichts anderes als Sektierertum, Zunftgeist, praktische Leugnung der Hegemonie des Proletariats im revolutionären Kampfe. Das sind einige (lange noch nicht alle) grundlegende Fehler, die die Ultralinken in dem kritischen Teil ihres Aktionsprogramms in den Fragen der Politik der KPD begehen.

Mit dem ‚positiven‘ Teil des Programms ist es nicht besser bestellt. Darin werden entweder die Losungen der Partei wiederholt, oder aber einfach unsinnige, manchmal direkt opportunistische Dinge behauptet. Zu diesen ‚originellen‘ Thesen der Opposition gehört folgender Satz:

„Organisierung einer geschlossenen Aktion der Erwerbslosen, etwa nach dem englischen Vorbilde als ‚Marsch nach Berlin‘, zur Aufrüttelung der Arbeiter.“ (Plattform. S. 48.)

Das ist alles, was die Maslowisten an neuen Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorbringen können. Ihre zentrale Tageslosung lautet wie folgt:

„Gegen die Rationalisierung der Kapitalisten muß das Proletariat die ‚Rationalisierung der Arbeiter‘ setzen. (Plattform, S. 48.)

Darunter wird keineswegs die sozialistische Rationalisierung nach der Machtergreifung des Proletariats verstanden. Denn nach der Aufzählung aller Tageslosungen schreiben die Verfasser der „Plattform“:

„Die genannten Aufgaben bilden in ihrer Gesamtheit ein unmittelbares Aktionsprogramm für die gegenwärtige Periode.“ (Gespart von den Verfassern, Plattform S. 48.)

Folglich ist noch vor dem Sturze der Bourgeoisie, d. h. noch in der kapitalistischen Gesellschaft, die „Rationalisierung der Arbeiter“ möglich. Wodurch unterscheidet sich das von dem „Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus“? Wodurch unterscheidet sich das von den allerschädlichsten opportunistischen Illusionen, die von der Sozialdemokratie verbreitet werden? Aber endgültig verwirrt sich Maslow bei der Frage über das Aktionsprogramm, indem er erklärt:

„Es sind Aufgaben, die ihrem Charakter nach nur dann durchgeführt werden können, wenn es den Kommunisten gelingt, die Führung des Proletariats zu erobern.“ (Plattform, S. 48.)

Die Eroberung der „Führung des Proletariats“ bedeutet offenbar die Eroberung seiner Mehrheit, denn die Minderheit des Proletariats wird auch heute schon von den Kommunisten geführt. Bis dahin aber brauche die Partei ihre Tagesaufgaben nicht durchzuführen. Und die Mehrheit wird sie offenbar nicht im Prozeß des Kampfes um ihr Aktionsprogramm erobern, sondern in Diskussionen mit Maslow, Weber u. a.

Es ist interessant, daß unter den Aufgaben, deren Durchführung zurückgestellt wird, bis die Partei die Führung über die Mehrheit des Proletariats erlangt hat, sich solche Punkte befinden wie: „Organisatorische Zusammenfassung der Erwerbslosen“, „revolutionäre Agitation im Parlament“ usw. Folglich braucht die Partei vorläufig sich weder mit der Organisierung der Erwerbslosen noch mit der revolutionären Agitation im Parlament zu befassen.

Ernste Leute sind diese Ultralinken und wohldurchdacht ist ihre Plattform. Zudem ist sie, wie der Leser sieht, schrecklich revolutionär. Aber, oh weh! Solche Leute und solche Plattformen werden von den kommunistischen Arbeitern Deutschlands nicht ernst genommen, auch nicht zu 50 Prozent, denn die kommunistischen Arbeiter wollen mit Renegaten, Konfusionsräten, Feinden der USSR, Bankrotteuren ihrem eignen Eingeständnis nach nichts gemein haben.

I. CHAVAROCHE:
 DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN FRANKREICH,
 IHRE BESONDERHEITEN UND IHR
 SOZIAL-POLITISCHES BILD

I.

Die Wirtschaftskrise

Bei oberflächlicher Prüfung scheint die Wirtschaftslage in Frankreich ihre wesentlichen Charakterzüge den am meisten in die Augen springenden Erscheinungen zu entlehnen, die vorausszusehen waren und die als unvermeidliche Folge sich aus der Deflationspolitik ergeben, die seit drei Monaten durchgeführt wird, und zwar, obwohl diese Politik nur auf eine Stabilisierung des Franken, nicht aber auf seine vollständige Wiederaufwertung abzielt. Daher das Bestreben in der ganzen französischen Presse, die Erklärung der gegenwärtigen Situation in der gegenwärtig durchgeführten Finanzpolitik zu suchen. Daher auch die Neigung, Poincaré und der von ihm geleiteten Regierung der „Nationalen Einigkeit“ die „moralische und politische Verantwortung“ für das Steigen des Franken zuzuschreiben. Nahezu ohne Ausnahmen haben sich alle ernsthaften bürgerlichen Wirtschaftler Frankreichs, und mit ihnen die Presse, die Minister und die Parlamentarier, dahin geeinigt, in der gegenwärtigen Industriekrise, deren Vorhandensein nicht mehr geleugnet wird, nur einen vorübergehenden Zufall von kurzer Dauer zu sehen. Sie weigern sich zu glauben, daß dieser „Zufall“, wie „peinlich“ er auch sein mag, tiefe wirtschaftliche Spuren hinterlassen oder eine ernsthafte soziale und politische Tragweite haben könne.

Das erklärt zum Teil, warum die bürgerliche französische Presse, allen Tatsachen zum Trotz, den Optimismus der „offiziellen Komitees“ über die Entwicklung der Krise im allgemeinen und der Arbeitslosigkeit im besonderen zu unterstützen und zu verbreiten bemüht ist.

Aber trotz dieser tendenziösen Kampagne, die „die Moral“ der Bevölkerung heben soll, beginnt eine wachsende Fülle frappierender Tatsachen allmählich einen solchen Eindruck zu machen, daß jetzt schon Organe, wie „L'Usine“ und das „Bulletin Quotidien“ (Comité des Forges) sich gezwungen sehen, die „offiziellen Communiqués“ als falsch und ungenau zu beurteilen. Trotzdem betrachtet nach wie vor die französische Bourgeoisie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage als eine spezifische Konjunkturlage, die aus der Finanzpolitik heraus entstanden ist. Daher der Glaube, es genüge eine „richtige Politik“, um der Krise Herr zu werden.

Nach unserer Meinung ist die gegenwärtige Industriekrise in Frankreich durchaus nicht nur eine einfache Folge der Politik der „Sanierung der Staatsfinanzen“ und der „Stabilisierung des Franken“. Sie als eine bloße Folge der „Vorstabilisierung der Valuta“ zu betrachten oder zu glauben, wie viele Zeitungen dies behaupten, sie werde am Leibe des französischen

Kapitalismus verschwinden, sobald die „Stabilisierung der Valuta“ durchgeführt sei, heißt wirklich an die Existenz böser Geister und an die übernatürliche reinigende Kraft des Kreuzeszeichen oder des Weihwassers glauben. Nein, die Sache ist viel komplizierter. Trotz ihrer noch wenig entwickelten Ausmaße weist die gegenwärtige Krise darauf hin, daß der französische Kapitalismus nicht an irgendeiner beliebigen Verstopfung leidet, die ein geeignetes Abfuhrmittel rasch beseitigen könnte, sondern daß er von einer sehr schweren Wachstumskrankheit befallen ist, die noch von anderen Krankheiten, die er sich während und nach dem Krieg zugezogen hat, kompliziert wird. Weniger medizinisch ausgedrückt, will dies heißen, daß der französische Kapitalismus fürchterlich unter der **E i n s c h r ä n k u n g d e r A b s a t z m ä r k t e** leidet. Es ist also vor allem das Problem der Absatzmärkte, das sich in der schwersten Form stellt. Natürlich steht nicht nur der französische Kapitalismus allein vor diesem Problem. Gegenwärtig verursacht dieses Problem auch den Imperialismen der anderen Länder nicht wenig Sorgen. Aber vor den französischen Imperialismus hat es sich mehr oder weniger plötzlich und brutal gestellt als eine augenblickliche Lebensfrage, die eine Periode leichter expansionistischer Entwicklung gerade in dem Augenblick unterbricht, wo diese Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Das ist nicht alles. Es genügt nicht, auf die allgemeine Erscheinung der Einschränkung der Absatzmärkte hinzuweisen. Man muß zeigen, warum der französische Kapitalismus davon so schmerzlich getroffen wird. Nur aus dem Grunde, weil er künstliche Reizmittel zu sehr mißbraucht hat, weil er sich zu rasch entwickelt hat. Während und nach dem Kriege wurden enorme Kapitalien zur Erweiterung des industriellen Produktionsapparates und besonders beim Wiederaufbau der Fabriken in den zerstörten Gebieten investiert. Gewaltige Kapitalien wurden verwendet zum Erwerb der Unternehmungen in Elsaß-Lothringen, in Luxemburg, im Saargebiet und in Deutschland selber. Gewaltige Kapitalien wurden engagiert, zu dem Zweck, sich der wichtigsten Industrien in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Oesterreich und in Rumänien zu bemächtigen. Von den Investitionen in den anderen Ländern ganz zu schweigen.

Alle diese Kapitalanlagen hätten nicht stattfinden können, wenn die Banken und wenn die Finanzpolitik der seit 12 Jahren einander ablösenden Regierungen es nicht verstanden hätten, „die Ersparnisse“ und die Kapitalien der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung zu erfassen und abzuleiten. 6—7 Millionen Bauern, Händler, Rentiers, Beamte oder kleine und mittlere Kapitalisten ließen sich ihre Habe in Geld oder in anderen Werten von einigen hundert Individuen aus den Taschen ziehen. Die Inflationspolitik war nur die Fortsetzung der Operation der Ausplünderung der arbeitenden Massen und der Operationen zur Finanzierung der verschiedenen Zweige des Exportes.

Dank der Möglichkeit, sich infolge der Inflation leicht Geld und Kredit zu beschaffen, entstand eine beträchtliche Anzahl kleiner Unternehmungen und Werkstätten, die neben den zentralisierten Riesenunternehmen vegetierten und zeitweise zu ungeheurerlicher Zahl anwuchsen. Dazu endlich die Spekulation, die in alle Poren des Wirtschaftslebens eindrang.

Die veränderten Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt zwingen jetzt, die Bilanz zu ziehen und ein „neues Leben“ zu beginnen. Ein „Leben“, das um so härter ist für die französische Industrie, als zur Einschränkung der Außenmärkte und zur Verminderung der Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes noch der Mangel an Umschlagkapital kommt. Flüssiges Kapital und Kredit finden! — das ist im gegenwärtigen Augenblick das brennende Bedürfnis der französischen Industrien.

Das scheint uns die richtige Erklärung der Ursachen und des Charakters der gegenwärtigen Krise zu sein.

Aus dem Gesagten geht unzweifelhaft hervor, daß man sich in Frankreich auf eine schwerere Industriekrise von langer Dauer gefaßt machen muß. Was man heute beobachtet, sind nur die Vorboten der heraufziehenden wirklichen Krise.

Wie tritt die Krise in ihrer heutigen Phase zutage, sozusagen in ihrer Anfangsphase?

In erster Linie zeigt sie sich in einem Rückgang der Produktion in den verarbeitenden Industrien (Textil und Metall), den Luxusindustrien, im Baugewerbe, in der Möbelindustrie, der Lederwarenindustrie, der Lebensmittelindustrie usw. Sie trifft also gleich von Anfang an die Exportindustrien und jene Industrien, die für den Innenmarkt produzieren. Wenn der Rückgang sich auf den verschiedenen Gebieten und bei den verschiedenen Industrien nicht gleichmäßig stark erweist, so ist es nichtsdestoweniger richtig, daß er offensichtlich zunimmt.

Parallel mit diesem Rückgang zeigt sich auch eine Verminderung des Handelsumsatzes, die im Dezember 15—20 Prozent erreichte.

Der Handel geht schlecht. Eine ganze Anzahl von Unternehmen steht unmittelbar vor dem Bankrott. Kredit ist schwer zu erlangen, und nur Ausgewählte erhalten ihn. Man meldet Fälle, wo die Banken 20 Prozent Zinsen für unbedeutende Kredite und bei sehr guten Sicherheiten verlangten.

Die Verminderung der Eisenbahnfrachten ist sehr stark und schreitet in schnellem Tempo fort. „L'Usine“ vom 1. Januar 1927 schreibt, daß nach den Erklärungen der Beamten „im ganzen Gebiet von Paris niemals eine solche Verkehrsstille geherrscht habe, nicht einmal während des Krieges; hauptsächlich seien sie erstaunt über die Schnelligkeit, mit der dieser Frachtenrückgang eingetreten ist, und über das Ausmaß des Rückgangs“. „L'Usine“ fügt hinzu, daß die wöchentlichen Einnahmestatistiken der Eisenbahnen einen rapid zunehmenden Rückgang von etwa 40—50 Millionen Franken pro Woche aufweisen.

Im Außenhandel zeigen die Monate November und Dezember neue Rückgänge — dem Gewicht nach — bei der Einfuhr notwendiger Rohstoffe sowohl wie bei der Ausfuhr fertiger Waren. Natürlich muß man dabei in Betracht ziehen, daß die Monatsausweise des Außenhandels das wirkliche Gesicht und den wirklichen Gang der Geschäfte nur mit einer gewissen Verspätung — manchmal von zwei Monaten — widerspiegeln. Geben z. B. die Rekordzahlen vom Oktober nicht ein Bild von dem Rekordumsatz und von den Vorgängen im Juli?

Aber die düsterste Illustrierung der Industriekrise in Frankreich ist das Erscheinen der Arbeitslosigkeit. Zuerst wurde sie geleugnet, dann

absichtlich als unbedeutend hingestellt, was sie aber nicht hinderte, zuzunehmen. Anfang Januar 1927 geben die offiziellen Communiqués das Vorhandensein von 20 000 unterstützten Arbeitslosen zu; aber für die gleiche Periode erklärte die CGT, daß es in Paris allein schon in der Schuhindustrie 8000 Arbeitslose gebe; dazu kommen 1200 andere Lederarbeiter, 800 Gerber, 20—50 Prozent beträgt die Arbeitslosigkeit in der Möbelindustrie; darin sind die Zahlen der Kurzarbeiter nicht inbegriffen. Gleichzeitig erklärte die CGTU, es gebe allein in der Metallindustrie der Region Paris 20 000 vollständig Arbeitslose und 100 000 Kurzarbeiter. Das „Bulletin Quotidien“ vom 10. Januar 1927 bemerkt zu diesen Zahlen folgendes: „Wenn diese Zahlen übertrieben sind, so bleiben die offiziellen Zahlen ihrerseits hinter der Wirklichkeit zurück.“

Die offiziellen Wirtschaftssachverständigen des französischen Großkapitals, wie Emile Mireaux, Romier, Pierre Lyautey und Louis Pommery, — um nur diese zu nennen, — suchen sich zu trösten, indem sie die gegenwärtige Krise mit der Krise von 1920/21 vergleichen. Lyautey hat sich sogar dazu verstiegen, Vergleiche zu ziehen mit den Krisen von 1900 und 1907. Nach seiner Auffassung waren die Vorkriegskrisen ebenso wie die Krise von 1920/21 Ueberproduktionskrisen, während die heutige Krise einzig und allein von Währungsschwierigkeiten hervorgerufen sei.

Früher, meinen diese bürgerlichen Wissenschaftler, habe es eine beträchtliche Arbeitslosigkeit und eine international schlechte Wirtschaftslage gegeben, während heute nichts dergleichen zu bemerken sei. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob der gegenwärtige Zustand der Wirtschaft in Deutschland, England oder beispielsweise Italien ihnen besonders verlockend erscheint. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist indessen erst der Anfang. Die Einschränkung der Absatzmärkte und die Tatsache, daß 1926 in Frankreich mindestens 2 Millionen Industriearbeiter mehr vorhanden sind als 1920, erlangen hier außerordentliche Wichtigkeit. Warten wir also das Frühjahr ab, bevor wir daran gehen, Ziffern zu vergleichen!

Die „Illustration Economique et Financière“ vom 18. Dezember hat durchaus recht, wenn sie schreibt: „Die Krise, die sich jetzt vorbereitet, braucht vielleicht lange, um ihre Wirkungen auszuüben, aber vielleicht braucht sie auch lange, um sich wieder zu entwirren.“

II.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung und die Kontroversen über die „Stabilisierung“

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik Poincarés, so wie sie bis jetzt durchgeführt wurde, läßt sich offenbar von den Direktiven leiten, die vom „Komitee der Finanzexperten“ in seinem berüchtigten Bericht vom 3. Juli 1926 formuliert wurden. Aber das Expertenkomitee ist nur ein geschlossener großkapitalistischer Klüngel, der das Großkapital und die Finanzoligarchie selber vertritt, und darum forderte es auch, als es diese Richtlinien formulierte, deren schleunige und energische Durchführung ohne jede Zögerung. Da aber die Regierung Poincaré eine Koalitionsregierung war, konnte sie nicht umhin, sich Gedanken zu machen über die sozialpolitischen Auswirkungen, die sich ergeben mußten, wenn sie versuchen wollte, diese

Richtlinienbuchstäblich und mit der geforderten brutalen Schnelligkeit durchzuführen. Poincaré hat zu sehr laviert, zu sehr geschwankt in der Frage der Schuldenregelung mit den Vereinigten Staaten, er hat die Vorbereitung der „Währungsstabilisierung“ zu lange hinausgeschoben. Die Experten hatten eine „Periode der Vorstabilisierung, und zwar so kurz wie möglich“, ins Auge gefaßt. Tatsächlich währt aber diese Periode jetzt seit mehreren Monaten und geht noch weiter. Die Experten rechneten mit dem Ausbrechen „einer notwendigen und unvermeidlichen schweren Wirtschaftskrise“, aber erst nach einer Verwirklichung der „Währungsstabilisierung“. In der Tat bricht die Krise „verfrüht“ aus. Die Experten hatten einen Stillstand im Sinken des Franken und eine „kluge Wiederherstellung“ des richtigen Verhältnisses zwischen Engros- und Detailpreisen im Handel gepredigt. In Wirklichkeit aber stürzte sich die Regierung in die Deflation, mit dem Erfolg, daß gleich vom Anfang an bei diesen Experimenten die nationale und internationale „Spekulation“ der Regierung über den Kopf wächst.

Das rapide Steigen des Franken veränderte plötzlich die Stellung der Exportindustrie auf den internationalen Märkten und rief eine heftige Kampagne von seiten der Großindustriellen hervor. Auf einen Schlag sah sich die Bourgeoisie in zwei feindliche Lager gespalten: für die „vollständige Wiederaufwertung“ des Franken oder für „seine Stabilisierung“ zu einem bestimmten Kurs.

Im Lager der „Stabilisatoren“ und ebenso um den festzusetzenden Kurs raufen sich ein ganzes Rudel von Untertendenzen. Man streitet um das Budget, über die Staatsschulden, über die Zukunft der Industrie. Die Gegner der vollständigen und allgemeinen Wiederaufwertung und jeder ernstlichen Deflation führen folgende Argumente an: Zum gegenwärtigen Kurs (das Pfund Sterling zu 120), sagen sie, würden die Steuerlasten 9 Milliarden Goldfranken betragen. Wenn der Kurs auf 75 Franken pro Pfund Sterling steigt, so werden die Steuern annähernd 14—15 Milliarden Goldfranken betragen; ganz zu schweigen von den inneren Schulden, deren Kapitalbetrag ungefähr 300 Milliarden Franken erreicht. In einer geharnischten Aeußerung gab Loucheur dieser Stimmung folgenden Ausdruck: „Das wäre der Stillstand der Geschäfte, der dauernde Stillstand, das wäre der völlige Ruin, und was würde man damit erreichen? Ein Jahresbudget von 22—23 Milliarden Goldfranken, wovon vier Fünftel allein vom Zinsendienst der Staatsschulden verschlungen würden.“

In der Tat sieht das Budget pro 1927, das am 19. Dezember angenommen wurde, Ausgaben in der Höhe von 39 541 Millionen Franken und 39 728 Millionen Einnahmen vor; (ein Einnahmeüberschuß von 187 Millionen).

Der Budgetvoranschlag hatte die Möglichkeit einer längeren Dauer der Krise und deren Folgen nicht in Rechnung gestellt. Doch wird die Krise eine Verminderung der Einnahmen und hauptsächlich der indirekten Steuern, die diese Einnahmen speisen, verursachen. Und tatsächlich melden die offiziellen statistischen Angaben schon ein Sinken der indirekten Steuereingänge für den Monat November. Der Monat Dezember wird wahrscheinlich an diesem Rückgang nicht viel ändern können. Aber vom Januar 1927 an wird der Rückgang sich bemerkbar machen, und er wird genau den Verlauf der Wirtschaftskrise folgen. Ist es z. B. nicht kennzeichnend, daß

kaum 10 Tage nach der Annahme des Budgets die Regierung unter dem diktatorischen Druck der Industrie die Ausfuhrabgaben aufhob? Die Beseitigung dieser Abgaben vermindert auf einen Schlag die Budgeteinnahmen um die 460 Millionen, auf die die Erträge dieser Steuer veranschlagt worden waren. Ein schlechtes Zeichen für das „überbalancierte“ Budget! Und auf Grund dieses „überbalancierten“ Budgets will man die „gewaltigen Finanzmittel“ flüssig machen, die benötigt werden, um „riesige öffentliche Arbeiten“ in Gang zu setzen, „die Elektrifikation auf dem Lande“ durchzuführen, „Kanäle zu bauen“, „den Wert der Kolonien zu heben“, usw.

III.

Das sozialpolitische Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage

Auf Grund der Äußerungen der Wirtschaftskrise und um die Finanzpolitik der Regierung werden bereits scharfe Kämpfe geführt. Die Verknäulung so vieler Gruppeninteressen erschwert eine Analyse dieser Kämpfe, denn sie maskiert deren wirklichen Klassencharakter. Es ist aber nicht schwer, einige charakteristische Elemente dieser Kämpfe zu erfassen und aufzuzeichnen.

Vor allem ist es die Arbeitslosigkeit, die der Lage ihren Stempel aufdrückt. Die Arbeitslosigkeit ist in Frankreich, wo man während der letzten fünf Jahre trotz der massenhaften Heranziehung ausländischer Arbeiter immer nur einen Mangel an Arbeitskräften feststellen konnte, wirklich eine ganz neue Erscheinung. Zum ersten Male seit der Vorkriegszeit werden die arbeitenden Massen in Frankreich wirklich das Elend zu spüren kriegen. Der Gegensatz zwischen „gestern“ und „heute“ wird ihnen ganz unfaßbar sein. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, in welchem Sinne die politische Orientierung der Arbeitermassen unter dem Druck des Elends, der Verschlechterung der Arbeits- und der Existenzbedingungen vor sich gehen wird, angesichts der Unsicherheit von morgen.

Die Großbourgeoisie wird ihnen praktische Lektionen erteilen über die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Sie hat ein Interesse daran, daß die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger eine dauernde wird. In dem Augenblick, wo die Reformisten und die nationalistischen Kleinbürger als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit die Ausweisung der ausländischen Arbeiter vorschlagen, sehen die Großagrarien, die Unternehmer und die Großindustriellen dieses Problem von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus an. Was sie zu dieser Frage meinen, wurde von der „Journée Industrielle“ auseinandergesetzt. Die Zeitung schreibt folgendes:

„Aber noch besser ist es, wenn man versucht, 200 000 oder 300 000 ausländische Landarbeiter, die, von der Stadt und ihren Zerstreuungen, von der Industrie und ihren hohen Löhnen angezogen, die Landwirtschaft verlassen haben, der Landwirtschaft wieder zurückzugeben...“

„Wir glauben also, bevor man zu kostspieligen Ausweisungen schreiten sollte, daß es möglich wäre, aus der Industrie vielleicht einige Hunderttausend ausländische Arbeiter herauszuziehen und auf das Land zurückzuschieben.“

„Vergessen wir vor allem nicht, daß wir nach der Krise wieder mit unserem ewigen und bösen Mangel an Arbeitskräften werden rechnen müssen. Und dies um so mehr, da sehr bald die Jahre kommen, wo nur die kleine Zahl der während des Krieges geborenen Kinder ins erwachsene Alter eintreten wird, um die Lücken des Arbeitsmarktes aufzufüllen.“

„Wir werden dann vielleicht bedauern, daß wir allzu überstürzt eine Arbeiterschaft ‚evakuiert‘ haben, die uns dann fehlen wird, und wir werden damit nur die Lage unserer ausländischen Handelsmissionen erschwert haben.“

In Erwidrerung dieser Auffassung trat der Sekretär der CGT, Marcel Laurent, für Ausweisung der ausländischen Arbeiter ein:

„Wir haben keinerlei Interesse,“ schrieb er im Quotidien vom 1. Januar 1927, „Frankreich seiner Substanz zu berauben, und wir haben kein Interesse, auf unserem Boden drei Millionen ausländischer Arbeiter leben zu lassen (20 Prozent unseres eigenen Arbeiterbestandes), denn sie assimilieren sich zum größten Teil nicht, sondern exportieren ihre Löhne in der Form von Ersparnissen, die von ihnen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.“

Genau im gleichen Sinn führt die Bourgeoisie eine Kampagne, um die französischen Arbeiter gegen die ausländischen Arbeiter aufzuhetzen, aber natürlich nur zu dem Zweck, die einen sowohl wie die anderen noch besser ausbeuten zu können.

Das zweite charakteristische soziale und politische Moment besteht in der Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Kleinbourgeoisie und dem Großkapital. Wir glauben nicht, daß es der Wirklichkeit entsprechen würde, wenn man diesen Gegensatz nur auf die verschiedenen Ziele und Forderungen der Rentiersschichten und der Industriebourgeoisie zurückführen wollte. Wir können genau beobachten, daß der Konflikt sich hauptsächlich zuspitzt in der Frage des Verhältnisses zwischen Engrospreisen und Detailpreisen, zwischen Großlieferant und Kleinverkäufern; dazu kommt das Problem der „Vertragserfüllung“, und ferner kommen dazu Fragen des Handels- und Bankkredits im besonderen und Fragen der Steuerpolitik im allgemeinen. In der Frage der Preise führt die industrielle Großbourgeoisie eine heftige Kampagne für Senkung der Detailpreise; sie will damit ihre Kampagne für Senkung der Löhne rechtfertigen mit dem Hinweis auf eine Verminderung der Gestehungskosten der Produktion.

In der Frage der „Kredite“ für die Industrie und den Handel fordern die Großindustriellen rücksichtslose scharfe Maßnahmen gegen die kleinen Unternehmungen:

„Eine gute Kreditpolitik,“ erklärt Emile Mireaux, „besteht unter den gegenwärtigen Umständen darin, heute wie gestern unbarmherzig allen Unternehmungen, die nur von der Inflation leben können, eine nur illusorische und unnütze Hilfe zu versagen; gleichzeitig muß man aber bei diesem Zustand der Währung denjenigen Unternehmungen, die das wirtschaftliche Rückgrat des Landes bilden und die dank der schlechten Finanzpolitik, die der Staat während der letzten Jahre getrieben hat, sich heute vorübergehend in Schwierigkeiten befinden, möglichst günstige Zinsbedingungen gewähren.“*

Aehnliche Forderungen werden von allen Presseorganen der Großbourgeoisie und ebenso im Bericht des Expertenkomitees formuliert. Solche Forderungen zeigen deutlich, daß wir uns in Frankreich in der Phase eines unerbittlichen Klassenkampfes und am Vorabend einer neuen „Umschichtung der Vermögen“ befinden. Die Kleinbourgeoisie, die den größten Teil der Inflationskosten zu tragen hatte, ist jetzt davon bedroht, daß ihr, diesmal nach dem Proletariat, auch die Kosten der „Währungsstabilisierung“ und der Wirtschaftskrise aufgebürdet werden.

* „Journée Industrielle“, 30. Dezember 1926.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage erzeugt eine wachsende Erbitterung auf dem Lande bei den verschiedenen bäuerlichen Schichten. Wir können im Rahmen dieses Artikels nur einige wesentliche Züge dieser Erbitterung hervorheben.

Wie man weiß, war die Ernte 1926 schlecht. Etwa 20 Millionen Dz. ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse müssen eingeführt werden. Trotzdem zeigen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine sinkende Tendenz, während gleichzeitig die Preise für Industriewaren, die die Landwirte kaufen müssen, auch weiterhin sehr hoch bleiben. Im Senat wurden die Verluste der Landwirtschaft infolge dieses Umstandes auf 10 Milliarden geschätzt. Andererseits bewirkt die Politik der Währungsstabilisierung, daß zwischen Grundbesitzern, Pächtern und Unterpächtern wegen der Pacht Höhe Konflikte ausbrechen. Diese Konflikte nehmen schon einen ziemlich ernstesten Charakter an und dürften nicht von heute auf morgen verschwinden. Die Grundbesitzer sind für die Wiederaufwertung des Franken und für die „Unantastbarkeit“ der Pachten. Sie sagen: wir haben während der Inflation Verluste erlitten, es ist nur gerecht, daß man uns jetzt dafür entschädigt. Die einen wie die anderen sind aber darin einig, daß sie einen Zollschatz fordern. Unter ihrem Druck hat die Regierung schon ab 1. Januar 1927 einen Einfuhrzoll von 18,50 Franken per Dz. auf eingeführtes Getreide gelegt.

Die Lage der Kleinbauern ist nicht leicht. Viele von ihnen sind aufs neue verschuldet (indem sie auf Kredit einige Landstücke und landwirtschaftliches Inventar kauften). Wenn es heißen wird, diese Schulden in „stabilisierten“ Franken zurückzuzahlen, werden sie bittere Zeiten durchmachen.

Schließlich bringt die automatische Erhöhung der Steuern infolge der Wirtschaftskrise und infolge der Steuerpolitik alle ländlichen Schichten in Bewegung. Man darf daran zweifeln, ob die ländlichen Schichten stillschweigend die neuen Bedingungen entgegennehmen werden, ohne einen erbitterten Widerstand zu leisten.

Die gegenwärtige Regierung ist bemüht, „eine Finanzpolitik von langem Atem“ auf der Grundlage eines „politischen und parlamentarischen Gleichgewichts“ durchzuführen. Das Ministerium Poincaré glaubt mit der Methode oberflächlicher formeller Konzessionen die „l'Union sacrée“ zustande zu bringen, um so „die Finanzschlacht“ zu schlagen. Indessen droht der Verlauf der wirklichen Schlacht zwischen den materiellen Interessen der Gruppen und Klassen alle politischen, parlamentarischen und ministeriellen Kombinationen zu sprengen.

Die Großindustriellen, Großkaufleute und Großbankiers genießen sich nicht mehr, ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und mit der Regierung in der Sprache häufiger Ultimatus zu reden. Gegen Ende November hielt Poincaré eine Rede in Tarbes und ebenso vor der Kammer am 7. Dezember; er verlangte nachdrücklich von den Parteien einen dauernden Friedensschluß und nicht nur einen einfachen Waffenstillstand. Er setzte sich dafür ein, daß die Parteien ihre Aktivität und ihre Kämpfe für eine lange Periode einstellen müßten, weil dies sich nicht vertrage mit einer Finanzsanierung. In Wirklichkeit stellt sich dagegen heraus, daß die Parteien ihre Aktivität

und ihre Kämpfe verschärfen, was durchaus der Krise und dem Zusammenstoß so vieler Interessen, die von der Deflationskrise berührt werden, entspricht.

Das nächste Frühjahr wird für das soziale und politische Leben in Frankreich sehr stürmisch werden. Wir werden noch größere Kämpfe haben als heute. Die Kommunistische Partei Frankreichs wird auf eine harte Probe gestellt werden und hat eine außerordentlich schwere Verantwortung zu tragen.

SEN KATAYAMA:

DIE GRÜNDUNG DER SHAKAI-MINSHU-TO

(Soziale Volkspartei)

Die objektive Lage Japans, in der die Shakai-Minshu-To entstand, muß erst erläutert werden, um den Charakter und die Politik dieser Partei verständlich zu machen. Im Jahre 1925 wurde das Gesetz betreffend das Männer-Wahlrecht verkündet. Die gegenwärtige politische Lage ist schwankend und chaotisch, da viele Fälle vorkamen, in denen die Oppositionspartei veranlaßt wurde, die Regierung anzugreifen, wie im Falle der Skandale von Bokoratsu Jiken, Matsushima und des Mißbrauchs von geheimen Fonds und vielen anderen Korruptionsfällen, in die prominente Persönlichkeiten verwickelt sind und die aufgedeckt wurden. Daher ist die Stellung der Regierung unsicher und die Regierungspartei, die Kenseikai, hat keine Majorität im Parlament. Da dies bis vor kurzem der Fall war, soll das Parlament aufgelöst werden, und man müßte neue Wahlen unter dem neuen Männer-Wahlrecht durchführen. Durch dieses Gesetz werden zum ersten Male 10 Millionen Arbeiter und Bauern wahlberechtigt sein. Wegen des Todes des Mikados wird die Regierung jedoch einen Weg durch irgendein Kompromiß suchen, und man nimmt daher an, daß das Parlament vielleicht doch nicht aufgelöst werden wird. Es ist jedoch auf diese Entfernung hin unmöglich, die weitere Entwicklung vorauszusagen. Die Arbeiter von Japan haben während der letzten Jahre im Hinblick auf die künftigen Wahlen eifrig politisch gearbeitet. Im März 1926 hat sich die Arbeiter- und Bauernpartei gebildet, obwohl bereits eine proletarische Partei im Dezember 1925 unterdrückt wurde.

Die WPP wurde unter sehr schwierigen Bedingungen gegründet, weil sie immer der Gefahr der Unterdrückung durch die Regierung ausgesetzt war: Die erste Partei war nämlich unter dem Vorwande unterdrückt worden, daß einige kommunistische Elemente in der Organisation seien, und dies gab den rechtsgerichteten Gewerkschaften den Vorwand, die Gewerkschaften des linken Flügels von der Parteimitgliedschaft auszuschließen. Es gab hitzige Diskussionen im Exekutivkomitee der Partei und in den Versammlungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse. Es entstand eine äußerst bittere Stimmung, und der Kampf wurde täglich heftiger, je näher die Exekutivsitung rückte, in der die Politik der offenen oder geschlossenen

Tür beschlossen werden sollte. Der rechte Flügel wurde vertreten von den Sodomei (japanischer Gewerkschaftsbund, geführt von Suzuki, dem japanischen Gompers) und die Gewerkschaften des linken Flügels wurden vertreten von den Hyogikai (dem Gewerkschaftsausschuß, dessen Führer sämtlich Proletarier sind). Zwischen den rechten und den linken Gewerkschaften stehen die Nomin Kumiai (der Bauernbund, die mächtigste Organisation linkszentristischer Richtung). Es war die Nomin Kumiai, die sowohl die frühere wie die jetzige Arbeiterpartei geschaffen hat. Sie befürwortete immer die Schaffung einer einzigen proletarischen Partei und trat für die Einheit der politischen Arbeiterbewegung ein. Infolgedessen haben ihre Führer angestrengt versucht, die rechten Gewerkschaften, besonders die Sodomei, in der Partei zu halten. Die Hyogikai arbeitete von Anfang an durch den linken Flügel der Nomin Kumiai für die Partei und machte immer wieder Zugeständnisse an die Forderungen des rechten Flügels um der Einheit willen, aber nach der dritten Sitzung des Exekutivkomitees der WPP im letzten Juni, in der die Hyogikai und die anderen drei linken Organisationen endgültig ausgeschlossen wurden, hat die Hyogikai sich für eine aggressive Politik entschieden, und daher trat die Nomin Kumiai für die Politik der offenen Tür ein, auf der sie auch auf der letzten EK-Sitzung vom 24. November bestand.

Diese entschiedene Haltung der Hyogikai und der Nomin Kumiai veranlaßte auch die Sodomei zu einer Erklärung: Daß sie auf der kommenden Sitzung des Exekutivkomitees auf alle Fälle und um jeden Preis an der Politik der geschlossenen Tür festhalten würden. Mit diesen Vorsätzen und in diesem Geiste traten die rechten und zentristischen Gewerkschaften zur Sitzung zusammen. Das Resultat war, daß die Sodomei mit vier anderen Gewerkschaften, Kangyo, Sichu, Sorengo und Jichikai aus der WPP austrat. Es blieben zwei Gewerkschaften zurück, nämlich: die Nomin Kumiai und die Seitodomei. Die ausgetretenen Gewerkschaften hatten eine Mitgliedschaft von ungefähr 77 000, die in der Organisation verbliebenen Gewerkschaften 73 000 Mitglieder. Die Lage war sicherlich sehr ernst, und die bürgerliche Presse prophezeite mit Genugtuung den völligen Zusammenbruch der WPP. Aber sie brach nicht zusammen. Im Gegenteil, sie erfuhr noch eine Verstärkung durch den Anschluß der Suiheisha (einer aktiven Organisation der Etta, der niedrigsten Kaste) und viele Mitglieder und Gruppen der ausgetretenen Gewerkschaften traten für die WPP ein und griffen die Führer an. Die Sodomei selbst spalteten sich und die ausgeschlossenen Führer und Gewerkschaften der Sodomei, die ihrer Richtung nach zentristisch waren, bildeten zusammen mit einigen unzufriedenen Führern der Nomin Kumiai die Nihon Ronoto (japanische Arbeiter- und Bauernpartei). Während die Abspaltung und die Bildung der Nihon Ronoto vor sich ging, wurde die Shakai-Minshu-To geschaffen oder vielmehr geboren, wobei drei Professoren, Abe, Yoshino und Horie Hebammdienste leisteten.

Durch den Ausschluß der zentristisch gerichteten Führer und ihrer Gewerkschaften (17 000) wurden die Sodomei zu einem kleinen Verband von 23 000 Gewerkschaftsmitgliedern, und der einzige Weg, der ihnen jetzt übrig bleibt, ist, sich zu einer faschistischen Gewerkschaft zu entwickeln. Die ultrarechten Führer der Sodomei bildeten unter der Initiative der drei oben

genannten bürgerlichen Professoren und des Präsidenten der Sodomei, Suzuki, ihre eigene Partei des rechten Flügels, nämlich die Shakai-Minshu-To. Der erste Aufruf dieser Partei zeigt die Absicht der Führer, die Partei nach dem Muster der westeuropäischen Sozialistischen Parteien oder der Labour Party von England zu organisieren. In der ersten vorbereitenden Sitzung, einberufen von den drei Professoren, waren Gewerkschaften, radikale Intellektuelle und auch Spitzel vertreten. Die vertretenen Gewerkschaften waren ein Teil der Sodomei, ein Teil der Kangyo Sodomei, die Chubu-Nomin Kumiai, der Kojin Klub, die Dokurits Rodo Kyokai, die Seikai Gakki, ein Teil der Jichikai, Seitodomei und Sorengo, sowie kleinbürgerliche Oekonomen, Professoren, Literaten und Schriftsteller. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf insgesamt 37 Personen.

Die Shakai-Minshu-To wurde am 5. Dezember 1926 in Tokio gebildet. Zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees wurde Abe gewählt. 12 Mitglieder des Exekutivkomitees wurden aus der kleinbürgerlichen Intelligenz gewählt und 9 Mitglieder aus der Sodomei und einigen lokalen Parteivertretern. Die wirklichen Arbeitergewerkschaften, die sich der Shakai-Minshu-To angeschlossen haben, sind die Sodomei und die Kangyo Sodomei, aber die letzteren spielten bei dieser Organisationssitzung keinerlei wichtige Rolle. Die zwei Professoren Horie und Yoshino traten nicht in die Partei ein. Sie leisteten nur Hebammendienste.

Die Plattform und das Manifest sind ziemlich reformistisch und gemäßigt, verglichen sogar mit denen der Nihon Ronoto, es fehlt in ihnen vollkommen der Geist und sogar die Erwähnung des Klassenkampfes. Es wird nur betont, daß jeder extreme Radikalismus, der die wesentlichen Schritte der sozialen Entwicklung nicht berücksichtigt, verworfen werden wird. Das unabhängige bürgerliche Blatt „Osaka Mainichi“ stellt fest, daß die Partei keinerlei neue eigene Politik hat. Das Blatt schreibt:

„Wenn die neue Partei glaubt, daß sie imstande sein wird, ihr Ziel zu erreichen, nur indem sie den extremen Radikalismus verwirft, so begeht sie einen großen Fehler“
 „Die neue Partei hat angekündigt, daß sie bestrebt sein wird, mitzuhelfen an der Errichtung eines neuen ökonomischen Systems für die Wohlfahrt der Bevölkerungsklasse, die von ihrer eigenen Arbeit lebt, um so die Lebenshaltung des Volkes zu stabilisieren.“

Die Partei erklärt sich gegen das kapitalistische Produktionssystem, ein Punkt, der sich durch Professor Abe, den alten Sozialisten, in das Programm eingeschlichen haben muß, der die Bolschewiki haßt und sich trotzdem selbst für einen Sozialisten ausgibt! Dieser Punkt ist aufgenommen worden, um die Massen zu gewinnen. Nach der Definition von Professor Abe, dem Gründer der Shakai-Minshu-To sind unter Personen, die von eigener Arbeit leben, alle jene zu verstehen, die zur „kinro kaikvu“ (der dienenden Klasse) gehören, wie kleine Beamte, Angestellte und Kulis in den Regierungswerken sowie kleine Kaufleute. Es ist kein Zufall, daß die Sodomei-Leute sich der Partei Abes anschlossen. In der Tat klang die offizielle Rede des Präsidenten Abe aus in dem Satz: Gegen persönliche Ambition! Die Glaubensartikel der Partei, die er in seiner Rede formulierte, sind: 1. ein Parteimitglied darf dem Gelde keinen Wert beimessen, 2. Parteimitglieder dürfen nicht nach Ehre streben, und ihretwegen soll es unter den Mitgliedern keinen Kampf geben. Der Professor schloß seine Rede mit einem Zitat aus der

Bibel, als hätte er eine Predigt gehalten. Abe ist Präsident der Fabian Society und Gründer der Bokuritsu Rodokyokai (unabhängige Arbeitervereinigung), die von der Tokioer Zweigstelle des Genfer Arbeitsamtes kräftig unterstützt wird. Während des Weltkrieges trat er für die Verteidigung des Vaterlandes ein. Kein Wunder, daß Bonji Suzuki, der japanische Gompers, mit seiner faschistischen Sodomei zur Unterstützung der Shakai-Minshu-To eilte.

Bonji Suzuki verliert jedoch mehr und mehr den ihm noch verbliebenen Einfluß, wie sich bereits drei Tage nach der Bildung der Shakai-Minshu-To zeigte. Am 9. Dezember nämlich bildeten seine früheren Genossen Aso, Fujioka, Kasashima, Tanahashi und andere, die zu den 12 ausgeschlossenen Mitgliedern gehörten, die Nihon Ronoto und auch den nationalen Arbeitergewerkschaftsbund. Die ausgeschlossenen Mitglieder gaben eine Erklärung heraus, in der sie die rechten Sodomei-Führer scharf angreifen. Es heißt darin:

„Wir bekämpfen entschieden die Haltung des gegenwärtigen Exekutivkomitees und treten aus der Sodomei aus, die jetzt von einem verworfenen Exekutivkomitee geleitet wird. Das gegenwärtige Exekutivkomitee ist feige, und durch seine selbstsüchtige Haltung wurden die Beziehungen der Sodomei zur WPP zerstört. Nun hat sie sich auch noch der Shakai-Minshu-To angeschlossen, die keinen klaren Klassenstandpunkt einnimmt. Das gegenwärtige Exekutivkomitee ist im Begriffe, seine selbstsüchtige Taktik durchzuführen, usw.“

Dies alles zeigt, daß die Shakai-Minshu-To nichts ist als eine kleinbürgerliche Partei, und daß ihre Zukunft im kapitalistischen Lager liegt. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels die neueste Situation in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, die rapide vor sich geht, zu schildern. Es sind jetzt drei proletarische Parteien und eine Bauernpartei vorhanden, und alle kämpfen gegeneinander. Die Arbeiter- und Bauernpartei hat sich trotz aller Hindernisse und Unterdrückungen entwickelt. Am 12. und 13. Dezember hielt sie ihren ersten Kongreß in Tokio ab, und nahm viele wichtige Resolutionen an. Sie hatte Ende November 121 Ortsgruppen und überall im Lande ist die Mitgliederzahl im Steigen begriffen, während die anderen zweifelhafte Ziffern aufweisen. Die WPP wird jetzt von unten aus von den linksgerichteten Mitgliedern kontrolliert. Diese brachten auch den zentristischen Vorschlag der Nomi Kumiai auf dem Kongreß, mit der Nihon Ronoto zusammenzuarbeiten, zur Niederlage. Wenn die Auflösung des Landtages in diesem Winter stattfinden wird, dann werden diese kleinbürgerlichen und ultrarechten Parteien ihre Kandidaten aufstellen und den Wahlkampf aufnehmen, und Abes Partei, deren Führer über Geld verfügen, wird eine Zeitlang gut gedeihen, aber wenn keine allgemeinen Wahlen stattfinden sollten, so werden diese Parteien bald eingehen. Die WPP dagegen hat eine günstige Perspektive und wird zu einer großen Massenpartei werden.

J. DURET:
LORIOTS ENDE

Das Dezemberheft der „Révolution Proletarienne“ kann mit Recht als sensationell bezeichnet werden, und dieser Grund läßt uns die Aufmerksamkeit unserer Leser auf diese unbedeutende Zeitschrift lenken, die im allgemeinen keinerlei Beachtung verdient.

Die Nummer enthält in der Tat:

1. Die Desavouierung Souvarines durch die Leser dieser Zeitschrift selbst.
2. Den Uebergang Loriots zum reinen Syndikalismus.

Schauen wir uns diese zwei Neuigkeiten der Reihe nach an.

Souvarine ist in seinem Uebereifer zu weit gegangen. Bei allen ehrlichen Elementen konnten die Versuche dieses armseligen Kläffers, die russische Revolution mit Dreck zu bewerfen, nur Ekel auslösen. Es regnete Protestbriefe an die Redaktion der „Révolution Proletarienne“, und die Redaktion war gezwungen, von Souvarine abzurücken. So kommt es, daß die Dezemberrummer nichts mehr von Souvarine enthält. Rosmer hat es auf sich genommen, ihn zu ersetzen bei den Versuchen, die russische Krise den Lesern der „Rév. Prol.“ zu erklären.

Wir bringen hier einige Auszüge aus einem Schreiben, in dem Postgate (den Monate ganz besonders schätzt) gegen die Artikel Souvarines protestiert. Postgate stellt fest, daß der Zorn Souvarine den Blick getrübt habe:

„Er (Souvarine) behauptet, daß die Führer der russischen Kommunistischen Partei psychopathologische Erscheinungen seien; sie seien Opfer des Alkoholismus, das erkläre ihr Verhalten. . . . Das ist eine außerordentliche Anklage. Die Mehrheit der alten Garde hat sich während der Revolution tapfer geschlagen, sie ist nicht eine Gruppe degenerierter Alkoholiker und auch nicht eine Schar von Banditen. . . .

Und wer sind die Oppositionellen? Wir kennen Trotzki und wir kennen Radek, aber leider kennen wir auch Sinowjew. Dieser selbstsüchtige und beschränkte Bürokrat hat die Hälfte der kommunistischen Parteien der Welt zerstört. Er ist der schlimmste Feind der Arbeiterdemokratie, und wenn er dieselbe zu verteidigen behauptet, so lügt er in seinem eigenen Interesse. Wenn es zu wählen gilt zwischen Stalin, dem rauhen Bürokraten, Kämpfer und Revolutionär, und Sinowjew, dem großsprecherischen und tyrannischen Bürokraten, der 1917 versagte, wird jeder Kommunist Stalin wählen.“

Postgate gibt dann seiner Empörung Ausdruck, daß Souvarine offenbar bedauere, daß in der russischen Partei keine Spaltung eingetreten sei.

Er kommt dann auf die Frauenschändungen zu sprechen, für die Souvarine die Kommunistische Partei verantwortlich macht, und kommt zu der Schlußfolgerung:

„Wahrhaftig, all das gleicht so sehr dem, was die wohlunterrichteten Korrespondenten in der „Morning Post“ schreiben, daß ich versucht bin zu fragen, ob der Genosse Souvarine nicht übertrieben oder seine Information aus Quellen geschöpft habe, die alles andere als Vertrauen verdienen. . . .

Der Genosse Souvarine beweist zu viel. Wenn die russischen Führer degenerierte Alkoholiker und die Arbeiter von Leningrad Bestien sind, die junge Mädchen schänden, so sind das gewiß nicht die Männer, die die russische Revolution gemacht haben.“

Monate veröffentlicht den Brief Postgates und versieht ihn mit einigen Kommentaren. Er versucht Boris Souvarine zu entschuldigen. Der Ton Souvarines, meint er, „erwecke in ihm keine Befürchtungen“, trotzdem macht er Souvarine den Vorwurf, daß er in seinen drei Artikeln weder die Argumente der Opposition noch die Gründe ihrer Niederlage zu erklären vermocht habe.

Das bedeutet, wenn auch in höflicher Form gesagt, daß Souvarine in seinen drei Artikeln irgendein ernsthaftes Argument nicht vorgebracht, sondern nur eine armselige Polemik mit Hilfe von Lügen und Verdächtigungen geführt habe.

Die Aufnahme, die den Artikeln Souvarines zuteil wurde, ist sehr bezeichnend. Sie zeigt, daß die revolutionären Proletarier Westeuropas, selbst, wo sie sich um „Führer“ wie Monatte und Rosmer gruppieren, nicht zulassen, daß man die russische Revolution beleidigt.

Boris Souvarine, der Verräter an seiner Partei und Renegat des Kommunismus, den seine letzten Freunde in Frankreich verlassen, ist nur noch ein politischer Bankrotteur, auf den nur noch die Bankrotteure setzen werden.

Das gleiche Heft der Zeitschrift macht uns mit einer Tatsache bekannt, die eine gewisse Ueberraschung hervorrufen muß. F. Lorient, einer der ersten Anhänger des Kommunismus in Frankreich, einer der Begründer des Komitees für die III. Internationale, der Führer der internationalistischen Fraktion in der geeinigten Sozialistischen Partei vor der Spaltung von Tours, hat jetzt endgültig mit der Kommunistischen Partei gebrochen.

Wir erfahren, daß er in der Sitzung der Lehrgewerkschaft am 18. November gegen die kommunistische Mehrheit eine Resolution vorschlug, die nichts mehr gemein hat mit der kommunistischen Ideologie, sondern ganz deutlich den Stempel „des reinen Syndikalismus“ trägt, den Lorient selber solange bekämpft hat. Wir zitieren daraus einige interessante Stellen:

„Die Lehrgewerkschaft verwechselt keineswegs die Gruppen, die einander politisch nahe stehen, mit den kulturellen Gruppen; d. h., wenn das in seinen Gewerkschaften organisierte Proletariat bei seinem Befreiungskampf auch von außen eine wertvolle Unterstützung erhalten kann, so sind doch seine Revolution und sein Sieg bedingt durch seine eigene Fähigkeit und Reife, die Produktion und die Verwaltung des Nationalreichtums zu garantieren.

Keine Partei, und wäre sie auch an der Macht und verfügte sie auch über die Hilfsmittel, die ihr die Unterstützung seitens der Arbeiterschaft verleiht, wäre imstande, sich an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen zur Erfüllung der Aufgaben des Arbeitersyndikalismus.

Eine politische Organisation, welches immer ihre Zusammensetzung, ihre Methoden und ihre Ziele seien, bleibt eng beschränkt in ihrer Entwicklung, in ihrer sozialen Funktion und in ihrem Dasein selber.

Ihre sich ändernde Ideologie kann vorübergehend oder während einer mehr oder weniger langen Periode den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen, aber nur das Proletariat selber, d. h. seine wirtschaftlichen Organisationen, kann seine Interessen zum Ausdruck bringen und dauernd vertreten.

Die Unbeständigkeit der politischen Gruppierungen, ihr vergänglicher Charakter, selbst wenn sie ihren Stempel stark der Geschichte aufdrücken, würden das Proletariat in seinem Aufschwung rasch lähmen, wenn es sein Schicksal an das einer Partei binden würde.

Nur indem sie ihre volle und beständige Unabhängigkeit von allen Parteien oder Sekten, und seien sie auch an der Macht, wahrt, kann die Gewerkschaftsbewegung, die einzige Vertreterin der dauernden Interessen der Arbeiterklasse, die kapitalistische Unterdrückung überwinden und das kommunistische Regime aufbauen.

Die von uns zitierten Stellen dürften den „rein syndikalistischen“ Charakter der von Lorient vorgelegten Resolution zweifelsfrei dartun. Wir haben nicht die Absicht, hier die Thesen Lorient über den reinen Syndikalismus, der schon tausendmal widerlegt wurde, (u. a. von Lorient selber), noch einmal zu widerlegen, es handelt sich darum, den befremdenden Werdegang eines Mannes zu erklären, der, obwohl er eine sozialdemokratische Schulung besitzt, (Lorient ist ein altes Mitglied der Sozialistischen Partei, in der er lange Zeit die Funktion eines Hauptkassierers ausübte), zum „reinen Syndikalismus“ und zur Verneinung der Rolle der Partei gelangte.

Dieser befremdende Werdegang ist nur aus der Logik des Fraktionskampfes zu erklären.

Lorient stand in der Kommunistischen Partei Frankreichs schon seit langem in Opposition.

So in der russischen Frage, wo Lorient sich für den Trotzismus entschied, so bei den französischen Fragen, wo er gewisse von der Partei lancierte Losungen, infolge seiner alten sozialdemokratischen Einstellung, nicht begriff und erfaßte. Lorient hat die Haltung

der Kommunistischen Partei in der Frage des Kolonialkrieges im allgemeinen und in der Frage des Marokkokrieges im besonderen niemals vollständig gebilligt.

Da er in der Partei unterlegen war, war Lorient gezwungen, sich auf die oppositionellen Elemente zu stützen, die außerhalb der Partei stehen, d. h. auf die syndikalistischen Elemente, die sich um Monatte und Rosmer gruppieren.

Schritt für Schritt, in seinem Anstürmen gegen die Partei, in der er immer geschlagen wurde, und die Unmöglichkeit, neben der Kommunistischen Partei noch eine andere Partei aufzuziehen, einsehend, gelangte er schließlich dahin, die Rolle einer politischen Partei im revolutionären Kampf zu leugnen.

Das ist außerordentlich bezeichnend. Schon Frossard, der ein geriebener Politiker ist und der über einen ganz ergebenen Stab und selbst über gewisse Kadere verfügte, war nicht imstande, eine selbständige Partei zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus ins Leben zu rufen.

Wo ein Frossard scheiterte, konnten weder Lorient noch Souvarine Erfolg haben. Das veranlaßte die oppositionellen Elemente, den Kampf gegen die Kommunisten auf gewerkschaftlichem Gebiet aufzunehmen; sie beginnen mit dem Protest gegen die Anmaßung der Kommunistischen Partei auf die Führung über die Gewerkschaftsbewegung, und gelangen zu guter Letzt dahin, die Rolle der Partei im allgemeinen zu leugnen.

B.:

„DER KLASSENKAMPF“*

Nach zweimonatiger Unterbrechung erscheint erneut das theoretische Organ der KP Jugoslawiens, doch diesmal illegal. Vor uns liegt die erste Nummer der Zeitschrift „Der Klassenkampf“, die auf 50 Seiten Petit-Schrift viel interessantes Material enthält.

Zunächst heben wir den ersten Redaktionsartikel hervor: „Die Bedeutung der Theorie in der revolutionären Bewegung“. Es wird darin ausführlich dargelegt, warum ein wahrer Revolutionär die geschichtlichen Entwicklungsgesetze kennen muß, die Gesetze des Klassenkampfes, die Voraussetzungen, unter denen die Arbeiterklasse siegen kann, und die Bedingungen, unter denen sie diesen ihren Sieg zu sichern vermag. Die Redaktion schreibt über die Gründe, die die Partei zur Herausgabe der theoretischen Zeitschrift bewegen haben, folgendes:

„Zahlreiche Arbeiter sind unserer Partei beigetreten, weil sie die Praxis davon überzeugt hat, daß die Reformisten und Sozialdemokraten zu Verrätern an der Arbeiterklasse und Agenten der Bourgeoisie geworden sind. Doch diese Arbeiter brachten gleichzeitig die sozialdemokratische Ideologie als Erbstück mit in die Partei. Dieses sozialdemokratische Erbe kann nicht auf mechanischem Wege beseitigt werden, es muß nicht nur durch Anschauungsunterricht in revolutionärer Praxis, sondern auch durch systematische marxistische und leninistische Propaganda bekämpft werden. Unsere Zeitschrift wird bestrebt sein, die Grundprinzipien und Methoden des Marxismus und Leninismus möglichst tief in die Arbeitermassen zu tragen. Jede Geringschätzung der revolutionären Theorie bedeutet in Wirklichkeit, daß man den Boden für opportunistische Politik vorbereitet. Ohne Marxismus und Leninismus ist eine revolutionäre Bewegung in Jugoslawien undenkbar.“

Der Aufsatz des Genossen Morawetz: „Die internationale Situation“ behandelt 1. Neue Erscheinungen in der Oekonomie des Weltkapitalismus, die Verschiebung der Wirtschaftszentren nach den Ver. Staaten von Amerika, die Rationalisierung und Vertrustung der Produktion; 2. die Umgruppierungen der imperialistischen Großmächte; 3. die letzten Ereignisse und Verschiebungen in der internationalen Arbeiterbewegung.

Aus der Reihe der anderen Aufsätze sind hervorzuheben: Losowski: „25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung“ sowie ein Artikel „Ueber den weißen Terror“, übersetzt aus Nr. 4 der „Komm. Internationale“. Der russischen Frage wird große Aufmerksamkeit gewidmet: das besprochene Heft des „Klassenkampf“ enthält die in der

*) „Der Klassenkampf“, Marxistische Zeitschrift der KP Jugoslawiens Nr. 1, Dezember 1926, Preis 10 Dinar.

„Prawda“ vom 17. Oktober 1926 veröffentlichte Mitteilung des ZK der KP der SU über die Lage in der Partei, ferner die Erklärung der Opposition, unterzeichnet von Sinowjew, Trotzki, Kamenew, Pjatakow, Sokolnikow und Jewdokimow, die Erklärung der Genossen Schljapnikow und Medwedjew sowie die Thesen der Rede des Genossen Stalin auf der 15. Parteikonferenz der KP der SU. — In dem Aufsatz des Genossen B. B.: „Imperialistische Intrigen auf dem Balkan“, wird auf die neue Umgruppierung der imperialistischen Mächte auf dem Balkan hingewiesen, die darin besteht, daß Frankreich erneut eine immer aktivere Rolle auf dem Balkan zu spielen beginnt, und außerdem Italien gegenüber den Balkanländern sich einer höchst aggressiven Politik bedient. Der „Vulkan“ auf der Balkan-Halbinsel beginnt wieder zu rauchen, denn die Verschärfung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien einerseits, zwischen Frankreich und England andererseits beschwört immer wieder die Gefahr eines neuen Krieges herauf.

Was die wirtschaftliche und politische Lage einzelner Balkanländer anbetrifft, so wird sie in drei Aufsätzen entwickelt, im Aufsatz des Genossen Fabian — „Das neue Rumänien“, im Aufsatz des Genossen P. — „Die heutige Lage in Bulgarien“ und im Aufsatz des Genossen Morawetz — „Wirtschaftliche und politische Lage Jugoslawiens“. Zwecks besserer gegenseitiger Information der balkanischen Bruderparteien stellt die Redaktion die regelmäßige Veröffentlichung von Beiträgen über die Lage der benachbarten Balkanländer in Aussicht. Im Leitartikel heißt es:

„Bisher waren wir nur wenig darüber informiert, was auf dem Balkan, was in unseren balkanischen Bruderparteien vorgeht. Wir waren über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, Frankreichs, Englands, Amerikas usw., über die deutsche, französische u. a. Bruderparteien viel besser unterrichtet als über den Balkan und unsere Balkanparteien. Diese Erscheinung muß zweifellos als nicht normal bezeichnet werden, und diese Lücke ist in möglichst kurzer Zeit auszufüllen.“

Zum Schluß müssen noch der Aufsatz des Genossen B. Boschkovic: „Der 3. Kongreß der KP Jugoslawiens“ und ein Artikel des Genossen Raschkic: „Die Balkan-Konferenz der Kommunistischen Jugend“ erwähnt werden.

Im bibliographischen Schlußteil des Heftes rezensiert der Genosse B. B. die ersten Hefte der „Kommunistischen Internationale“. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß die Zusammenstellung der ersten Nummer des „Klassenkampf“ ziemlich interessant ist. Der Hauptmangel liegt darin, daß die Zeitschrift den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Jugoslawiens selbst, den Fragen des Gewerkschafts- und Parteiaufbaus verhältnismäßig wenig Platz eingeräumt hat. Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß die KP Jugoslawiens fast zwei Jahre lang ohne theoretische Zeitschrift war und daß die Arbeiterbewegung Jugoslawiens lange Zeit hindurch keine Verbindung mit der internationalen Arbeiterbewegung hatte, so wird dieses Manko leicht verständlich. In den nächsten Heften wird die Zeitschrift internationalen und Balkanfragen genügende Aufmerksamkeit zuwenden, gleichzeitig aber auch den Schwerpunkt ihres Inhalts auf jugoslawische und Balkanfragen, auf Fragen der praktischen Arbeit und des politischen Kampfes der jugoslawischen Kommunistischen Partei verlegen müssen.